

G8|G9

Bürgerforum zur Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums



LANGFASSUNG ERGEBNISBERICHT Januar 2024

Impressum



Herausgeber:

Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg
Gänsheidestraße 71
70184 Stuttgart

Texte:

Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger des Bürgerforums zur
Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums

Redaktion:



DIALOG BASIS

Dr. Antje Grobe, Mikko Rissanen,
Klara Köberle, Stefan Zins, Daniel Engler
www.dialogbasis.de

Fotos:

Michael Wegler und DIALOG BASIS

Layout:

Selbach Design
www.selbachdesign.de

Inhalt

Geleitwort	4
Auftrag des Bürgerforums	6
Zusammenfassung der Ergebnisse des Bürgerforums	8
Hintergrund: Die Schullandschaft in Baden-Württemberg	10
Fazit zu Hintergrund und Zielsetzung von G8	20
Fazit zur Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums	22
Das neue G9	
Empfehlungen zu Bildungszielen und Anforderungen	26
Fazit zur Umsetzung von Bildungszielen und Anforderungen	30
Empfehlungen zu Inhalten und Kompetenzen	31
Fazit zu Inhalten und Kompetenzen im Schulalltag	34
Empfehlungen zur Verringerung von Belastungen	35
Empfehlungen zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit	40
Fazit zur Verringerung von Belastungen und Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit	43
Empfehlungen für Hobby und Freizeit sowie zur Vorbereitung auf Beruf und Studium	44
Fazit zu Hobby und Freizeit sowie zur Vorbereitung auf Beruf und Studium	49
Empfehlungen des Bürgerforums zur Ressourcenfrage	50
Fazit des Bürgerforums zur Ressourcenfrage	55
Das Bürgerforum G8/G9	56
Stimmen des Bürgerforums zum Abschluss	60
Liste der Fachpersonen der Anhörungen	58

Geleitwort



Barbara Bosch
Staatsrätin für Zivilgesellschaft
und Bürgerbeteiligung

Werte Leserinnen, werte Leser,

dieses Gutachten des Bürgerforums zur Dauer des Gymnasiums enthält lesenswerte Empfehlungen. Bevor Sie sich diesen zuwenden, möchte ich die Arbeit des Forums einordnen und seine Bedeutung erläutern.

Das achtjährige allgemein bildende Gymnasium ist in Baden-Württemberg seit vielen Jahren der Regelfall. Der Koalitionsvertrag 2021 der grünscharzen Landesregierung schloss grundlegende Strukturdebatten über das Bildungssystem aus. Die Diskussion in der Zivilgesellschaft, ob – kurz gesagt – G8 oder G9 das richtige Angebot sei, ließ sich dadurch allerdings nicht beeindrucken. Eine Bürgerinitiative startete einen Volksantrag „G9 jetzt!“ und nutzte damit die Möglichkeit der Direkten Demokratie. Unterschriften wurden gesammelt. Die Debatte lief, auch medial zugespitzt, auf ein Ja oder Nein hinaus.

Bildungsfragen sind jedoch weitaus komplexer, als die Betrachtung nur einer Fragestellung nahelegt. Noch vor Abgabe der letztlich erfolgreichen Unterschriftensammlung setzte der Ministerpräsident ein Bürgerforum ein, um die Thematik von Bürgerinnen und Bürgern vertieft diskutieren zu lassen. Wohl gemerkt ergebnisoffen, obwohl Ministerpräsident Winfried Kretschmann der Rückkehr zu G8 in Anbetracht der Gesamtherausforderungen im Bildungssystem ablehnend gegenüberstand. Damit setzte er seine Politik des Gehörtwerdens ein weiteres Mal um.

Wie es in Baden-Württemberg üblich ist, wurde dieses Bürgerforum breit vorbereitet: Zunächst konnten alle bekannten Interessengruppen im Juli 2023 mitwirken. Grundlage war eine Themenlandkarte, die dadurch ergänzt wurde. Danach konnten alle Menschen in Baden-Württemberg über das öffentlich zugängliche Beteiligungsportal ihre Einschätzungen einbringen. Knapp 1.000, überwiegend sehr konkret begründete Kommentare waren auszuwerten und haben die Themenlandkarte nochmals erweitert. Diese grafische Übersicht verdeutlicht eindrücklich, wie beziehungsreich das Thema G8/G9 ist. So vorbereitet, starteten die sogenannten Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger mit ihren Sitzungen Ende September 2023.

Wir sehen einmal mehr, wie überragend gut Bürgerforen funktionieren. Sie setzen den Filterblasen der sogenannten Sozialen Medien und öffentlicher Erregungswellen eine vertiefte sachliche Befassung mit allen Positionen entgegen. Bürgerforen sortieren erkennbar manipulative Argumente schnell aus. Sie nehmen eine Gewichtung der vielen Argumente vor. Und sie sind offen für langfristige Sichtweisen und Kompromisslinien.

Das Bürgerforum G8/G9 bestätigte das. Noch nie wurde dieses Bildungsthema so ganzheitlich, nachhaltig und umfassend aufbereitet. Über die verschiedenen Stufen der Dialogischen Bürgerbeteiligung – von den Interessengruppen über die Online-Beteiligung bis zum Bürgerforum – bekamen wir konkrete Ergebnisse. Ergebnisse, die weit über G8 oder G9 hinausreichen. Die Zufallsbürger haben sich von den bisherigen Kategorien des öffentlichen Diskurses nicht beschränken lassen. Sie haben einen erweiterten Blick auf die Schule als wertvoller Ort von Gemeinschaft, von Persönlichkeitsentwicklung und als einem Gegengewicht zur Wirkung der Sozialen Medien geworfen, am Wohl der Kinder orientiert. Dabei zeigte sich erneut, dass ein Bürgerforum keine vollkommen neuen Sachverhalte aufzeigen muss. Es setzt aber Schlaglichter, die in der öffentlichen Diskussion bisher untergegangen waren. Hier ist es der Schutz der Kinder durch die Schule, gegen Vereinsamung und Verführung durch Soziale Medien.

Die Dialogische Bürgerbeteiligung wirkt so wie ein Bindeglied zwischen Volk und Politik. Sie stärkt die repräsentative Demokratie. Denn die anstehenden politischen Entscheidungen sind nun viel besser vorbereitet. Und sie befördert in der Bürgerschaft das Verständnis für demokratische Prozesse.

Baden-Württemberg ist in Deutschland Vorreiter bei der Dialogischen Bürgerbeteiligung. Sie basiert auf dem entsprechenden Landesgesetz. Die neue, eigens hierfür gegründete Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg hat den Gesamtprozess zum Bürgerforum G8/G9 erfolgreich organisiert.

Nun hat die Politik das Wort und wird sich mit den Ergebnissen des Bürgergutachtens auseinandersetzen. Ich wünsche Ihnen eine hilfreiche Lektüre der zahlreichen, differenzierten Empfehlungen und bedanke mich für Ihr Interesse. Besonders danken möchte ich den knapp 60 Zufallsbürgerinnen und -bürgern, die sich sehr engagiert in das Thema eingearbeitet und um jede Stellungnahme gerungen haben. Zwei Sitzungen vor Ort in Stuttgart, vier Online-Sitzungen – das war ein unschätzbare Dienst an der Demokratie. Danke zuletzt auch an die Servicestelle und das Moderationsteam.



Barbara Bosch
Barbara Bosch
Staatsrätin für Zivilgesellschaft
und Bürgerbeteiligung

Auftrag des Bürgerforums

Hintergrund

Die Frage der Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums beschäftigt Politik, Medien und Öffentlichkeit seit Jahren intensiv – nicht nur in Baden-Württemberg. Vier westdeutsche Flächenländer befinden sich in der Umstellung zum neunjährigen Gymnasium (G9) als Regelform, zwei haben die Umstellung abgeschlossen. 2017 gründete sich in Baden-Württemberg aus einer Elterninitiative heraus die Bürgerinitiative „G9 jetzt! BW“. Im November 2023 erreichte sie rund 106.000 Unterschriften für einen Volksantrag zur Wiedereinführung des neunjährigen allgemein bildenden Gymnasiums als Regelform. Damit ist der Landtag als gesetzgebende Instanz (Legislative) aufgefordert, sich mit dem Thema zu befassen, den Volksantrag mit dem dazugehörigen Gesetzentwurf zu diskutieren und darüber zu entscheiden.

Der Beteiligungsprozess

Noch in der Phase der Unterschriftensammlung hat die Landesregierung (Exekutive) im Frühjahr 2023 einen breit angelegten, mehrstufigen Beteiligungsprozess gestartet. Die Servicestelle für Dialogische Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg wurde mit der **Durchführung des Beteiligungsprozesses und eines Bürgerforums** beauftragt, in dem sich zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger vertieft mit der Thematik auseinandersetzen sollten. In Anhörungen von Verbänden, Interessengruppen und Vereinen, öffentlichen digitalen Konsultationen und einer Begleitgruppe wurde eine Themenlandkarte zusammengestellt, die zentrale Fragen und Themenaspekte zusammengefasst. Die Themenlandkarte wurde auf dem Beteiligungsportal veröffentlicht. Es gingen 991 Kommentare und 13.005 Bewertungen ein.

Im Anschluss wurde das Bürgerforum durchgeführt, welches im Dezember 2023 seine Beratungen abschloss.

Sechs Schlüsselthemen im Fokus

Im Bürgerforum wurde die Themenlandkarte der öffentlichen Beteiligung zu sechs Schlüsselthemen verdichtet. Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger beleuchteten **Bildungsziele & Anforderungen, Inhalte & Kompetenzen, Belastungen & Bildungsgerechtigkeit** sowie die **Auswirkungen auf Hobby, Freizeit & Sport**. Sie verglichen G8 und G9 hinsichtlich der jeweiligen **Auswirkungen auf Wirtschaft, Hochschulen und zivilgesellschaftliche Organisationen**. Sämtliche Formulierungen dieses Textes sind von den Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern in den sechs Veranstaltungen erarbeitet und konsolidiert worden. In dem hiermit vorliegenden Bürgergutachten wird transparent, mit welchen Begründungen sie zu Schlussfolgerungen und Empfehlungen kommen und in welchem Maße Bewertungen oder Empfehlungen gemeinsam getragen werden oder nicht.



Demokratie und Vielfalt sind anstrengend. Wohlwollend und respektvoll miteinander umzugehen und miteinander zu streiten sind wesentliche Elemente... Das konnte hier erfahren und eingeübt werden!



Es soll kein „zurück“ zu G9 geben, sondern ein „weiter“ zu G9.



Arbeitsauftrag an das Bürgerforum

Das Bürgerforum mit den zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern setzte den Grundgedanken der Dialogischen Bürgerbeteiligung um. Die Aufgabe des Bürgerforums war es, eine Entscheidung der Landesregierung **qualitativ mit differenzierten Argumenten** aus der Bürgerschaft vorzubereiten. Dabei wurden die Diskussionen im Bürgerforum **nicht auf ein Ja oder Nein zugespitzt**. Vielmehr war es das Ziel, das Thema von vielen unterschiedlichen Seiten zu beleuchten und die möglichen Wechselwirkungen sowie langfristige Folgen zu betrachten. Hierbei sollte auch den leisen Stimmen Zugang zur Politik gewährt werden. Ziel war es **zu differenzieren anstatt zu polarisieren** und Grautöne zwischen Schwarz und Weiß in der Debatte zu ermöglichen.



Wir alle hoffen, dass uns die Politik erhört.

Anhörungen von Expertinnen und Experten sowie von Betroffenen

Das Bürgerforum hat sich auf eine **Ursachensuche** begeben und eine Vielzahl von Anregungen der Bildungsexpertinnen und -experten und Betroffenen zusam-

mengetragen. Von 45 vorgeschlagenen Expertinnen und Experten oder Institutionen wurden während des Bürgerforums 17 angehört. Hierzu gehören Fachpersonen aus Wissenschaft und Verbänden, Ministerium und öffentlichen Institutionen wie dem Rechnungshof Baden-Württemberg. Zusätzlich wurden 13 betroffene Eltern, Lehrende und Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schularten angehört (siehe Kapitel zum Bürgerforum). Die nachfolgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen greifen die Beiträge der Anhörungen auf. Sie verdichten die Herausforderungen und machen Empfehlungen für die konkrete Verbesserung des Bildungssystems. Es wurde kritisch hinterfragt, ob die eigentlichen Ziele, die einmal mit der G8 Reform erreicht werden sollten, auch eingetreten sind. Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger setzten eigene Akzente in der Debatte, bewerteten überwiegend sehr einheitlich und behielten doch immer das Wohl der jungen Menschen im Blick.



Eine beeindruckende einmalige Erfahrung. Es hat Freude gemacht zu sehen, dass eine konstruktive Diskussion auf respektvoller Ebene in unserer Gesellschaft noch möglich ist. Sehr gute Organisation, es hat an nix gefehlt.

Zusammenfassung der Ergebnisse des Bürgerforums

- Das Bürgerforum stellt fest, dass die G8-Reform nicht zu einem früheren Eintritt in Ausbildung oder Studium geführt hat. **Das Ziel wurde verfehlt.**
- Der Vergleich von G8 und G9 hat gezeigt, dass in beiden Formen **zentrale inhaltliche Bildungsziele**, die Vorbereitung auf Studium oder Beruf sowie die **Bildungsgerechtigkeit** nicht ausreichend umgesetzt sind.
- Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen eine **ganzheitliche, schulartenübergreifende Schulreform.**
- **Ein Zurück zum alten G9 darf es nicht geben!**
- Das Bürgerforum spricht sich mit klarer Mehrheit für **ein neues G9 als Regelfall an allgemein bildenden Gymnasien mit G8-Schnellläufer-Zügen an großen Gymnasien oder Gymnasien mit spezieller Profilbildung aus. Auch im ländlichen Raum sollte pro Kreis mindestens ein G8-Zug angeboten werden.**

Wie soll die Bildungsreform mit einem neuen G9 aussehen?

- Zur Reform gehört eine **frühe Förderung in Kitas und Grundschulen** mit Blick auf den Spracherwerb und Basiskompetenzen.
- Knapp die Hälfte könnte sich ein **längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 6** vorstellen.
- Die **Bildungsziele** für die allgemein bildenden Gymnasien **sollten eng mit den Akteuren der Hochschulen abgestimmt** werden. Sprachliche Fähigkeiten in Deutsch und Englisch, ebenso wie Grundlagen für die MINT-Fächer und Informatik müssen sichergestellt werden.
- Das Bürgerforum hält eine **gut strukturierte, wählbare Ganztagschule** für zentral, in der Angebote aus Vereinen, Kooperationspartnern aus der Praxis und zusätzliche Zeit zum Lernen und Vertiefen zur Verfügung gestellt werden.
- Ebenfalls eine klare Mehrheit wünscht sich im geschützten Rahmen **zusätzliche Angebote der Schule aus dem Bereich Hobby und Freizeit** mit sportlichen, musischen oder künstlerischen Angeboten, um sich auszuprobieren, reale soziale Kontakte zu pflegen, sich für Vereine oder Gruppen zu engagieren, Praktisches zu erlernen, sich zu orientieren oder sich selbst kennenzulernen.
- Die **neue G9-Schule ist vernetzt und pflegt enge Kooperationen** mit Vereinen, Unternehmen, sozialen oder gemeinnützigen Einrichtungen, Kunst, Kultur und Politischer Bildung.
- Sie bietet an **1–2 freien Nachmittagen** Zeit für weitere Aktivitäten außerhalb der Schule, Zeit zum Reifen, zum Erwachsenwerden, den Freundeskreis pflegen.
- Das Bürgerforum fordert die **Stärkung von kreativen Unterrichtsformen**, die partizipativer sind, Verantwortung und Sozialkompetenzen fördern. **Digitale Methoden** und Kompetenzen sind hierbei genauso erwünscht, wie **alternative Formen der Leistungsbewertung** durch Referate, Gruppenarbeiten, Wettbewerbssteilnahmen, Projekte oder Praktika.
- G9 würde außerdem mehr Zeit für **aktuelle gesellschaftliche Themen**, politische Bildung und Vielfalt bieten, die im heutigen Kontext der **Polarisierung als wichtige Grundlage der Demokratie** angesehen werden. Kinder und Jugendliche sind heute mit vielfältigen Krisen konfrontiert, die Zeit zur Aufarbeitung bräuchten.
- Nach der intensiven Debatte zu den Belastungen von Schülerinnen und Schülern kommt das Bürgerforum zum Schluss, dass die Ursachen vielfältig sind: Es folgt der Wissenschaft, dass die **Corona-Folgen aufgearbeitet** werden müssen. **Schulsozialarbeit und psychologische Hilfsangebote sind zu stärken.** Dies gilt nicht nur für Kinder und Jugendliche aus konfliktreichen Familien, sondern auch für die eher überversorgten.



- Schockiert waren die Bürgerinnen und Bürger über die Zusammenhänge zwischen **Social Media Konsum und psychischen Erkrankungen**. Hier muss die Politik aktiv werden, Kampagnen initiieren und durch attraktive Angebote im schulischen Kontext Alternativen anbieten.
- Schule wird nach Einschätzung des Bürgerforums in Zukunft eine **zunehmend wichtige, gesellschaftliche Rolle spielen**. Sie muss auch das große Thema der **Bildungsgerechtigkeit** konsequent aufgreifen und für Ausgleich sorgen. Auch dies kann nach Ansicht des Bürgerforums mit mehr Zeit besser gelingen.

Auf dem Weg zum neuen G9

Das Bürgerforum steht einem „Schnellschuss“ der Politik kritisch gegenüber. Eine plötzliche Umstellung würde zu großen Belastungen der Lehrerschaft und hohen Kosten führen. Das inhaltliche Ausarbeiten von Bildungszielen und Bildungsplänen in Abstimmung mit den Akteuren des gesamten Bildungssystems von der KiTa bis zur Hochschule sowie mit den außerschulischen Schlüsselakteuren braucht ebenfalls Zeit.

- Das Bürgerforum empfiehlt eine **gezielte Lenkung des schrittweisen Ausbaus** von G9-Schulen mit neuem Konzept und eine **gestaffelte Einführung ab Klasse 5**.
- Auch die **Grundschulempfehlungen** müssten reformiert werden, so dass Elternwunsch, Lehrerempfehlung und ein Test der Schülerinnen

und Schüler gemeinsam zur Bewertung herangezogen werden.

- Der gestaffelte Umbau zu G9 müsste zum **Aufbau von personellen Ressourcen, Ausbildung, Flexibilisierung und Weiterbeschäftigung** genutzt werden, um dem drohenden Lehrkräftemangel entgegenzuwirken.
- In der Ressourcenfrage wünscht sich das Bürgerforum zunächst einmal **mehr Transparenz** und dass die **notwendige ganzheitliche Debatte nicht nur unter Kostengesichtspunkten** geführt wird.
- Sie vermuten, dass ein **neues G9 höhere Kosten** verursachen wird, als eine Rückkehr zum alten System. Keine der Anhörungen habe aber ergeben, dass eine Reform nicht möglich sei. Das Bürgerforum hält deshalb eine **Umstrukturierung des Haushalts** zugunsten der Bildung für wichtig.
- Ohne Gegenstimmen kommt das Bürgerforum zum Schluss, dass die Investitionen in die Bildung einen **hohen gesellschaftlichen Wert** darstellen.



“Die Bildung unserer Kinder sollte es uns wert sein!”

Hintergrund: Schullandschaft in Baden-Württemberg

Warum wurde G8 in Baden-Württemberg eingeführt?

Anfang der 2000er Jahre wurde diskutiert, dass die jungen Menschen in Baden-Württemberg bei ihrem Berufseinstieg im internationalen Vergleich 2-3 Jahre älter sind. Um dem zu begegnen, wurde das achtjährige Gymnasium eingeführt, erläuterte Vittorio Lazaridis, Leiter der Abteilung 3 – Allgemein bildende Schulen, Inklusion beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg im Bürgerforum den Hintergrund von G8. Im europäischen Ausland ist eine 12-jährige Schulzeit vielfach die Regel. Zugleich wurde die Möglichkeit eröffnet, Kinder bereits mit fünf Jahren einzuschulen. Dabei war die G8-Reform – also die Verkürzung der Schulzeit um ein Jahr – eng mit dem sogenannten Bologna-Prozess zur europäischen Vereinheitlichung von Studiengängen und

-abschlüssen verbunden. Europaweit sind seither zwölf Schuljahre bis zur Hochschulreife und im Anschluss eine Regelstudienzeit von 6 Semestern im Bachelor und weitere 3 bis 4 Semester im Master die Regel. Insgesamt hat man aus der Perspektive der Wirtschaft einen schnelleren Übergang von der Schule ins Berufsleben angestrebt.

Viele Statistiken zeigen allerdings, dass seit der Einführung von G8 viele Schülerinnen und Schüler nicht direkt nach der Schule ins Studium oder die Ausbildung zum Berufsleben einsteigen. Viele machen ein Gap- oder Zwischenjahr (Gap = englisch für Lücke) im Ausland oder im Freiwilligendienst, dieser Trend war auch nach dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 ungebrochen.

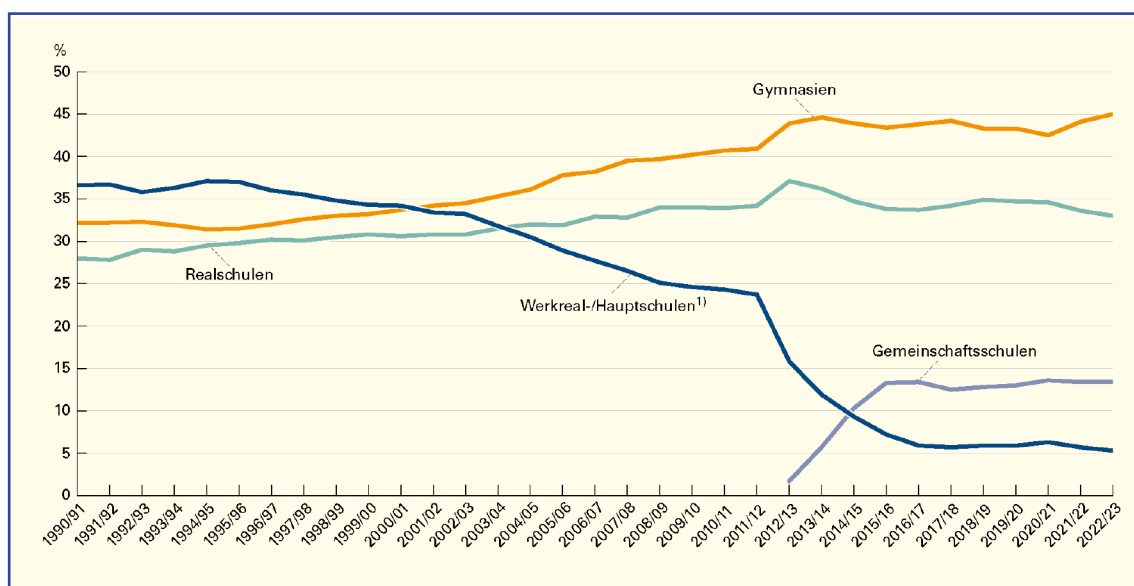


Abbildung 1: Übergänge von der Grundschule, Anteile im Jahr [Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport]

G8- und G9-Standorte in Baden Württemberg

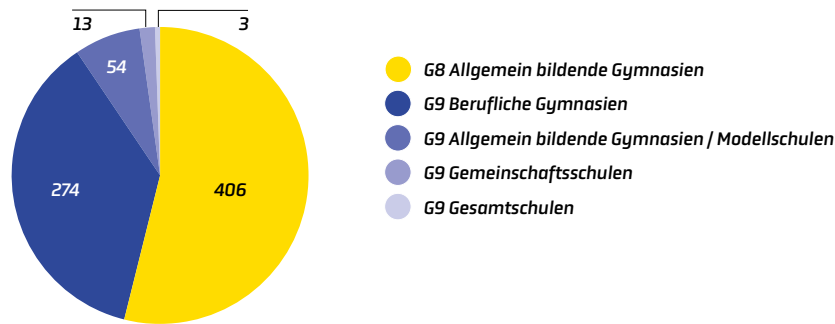


Abbildung 2: Zusammensetzung der Schullandschaft in Baden-Württemberg (333 Schulen mit unterschiedlichen Möglichkeiten zu G9 und 406 allgemein bildende Gymnasien mit G8, Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport)

Das Gymnasium ist die beliebteste Schulart

Betrachtet man die Übergänge von der Grundschule in die weiterführenden Schulen wird deutlich, dass der Anteil des Gymnasiums seit Jahrzehnten wächst und seit 2012 auf hohem Niveau stabil ist. Dieser Trend setzte sich also auch nach der Einführung des G8 im Schuljahr 2004/2005 weiter fort. So ist das Gymnasium seit dem Jahr 2000 die am häufigsten gewählte Schulart in Baden-Württemberg: Heute entscheiden sich ca. 45 Prozent eines Jahrgangs für das Gymnasium. Dies sind jährlich etwa 40.000 Schülerinnen und Schüler.

Trotz der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung ist dabei die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler in den Gymnasien vergleichsweise einheitlich geblieben. Rund 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Gymnasien haben eine Empfehlung für diese Schulart erhalten. Sie besuchen diese Schulart auch. Von Schülerinnen und Schülern in Realschulen haben im Vergleich rund 24 Prozent eine Gymnasial- und rund 22 Prozent eine Werkreal-/Hauptschulempfehlung erhalten. Die Zusammensetzung in Realschulen ist also deutlich durchmischer.

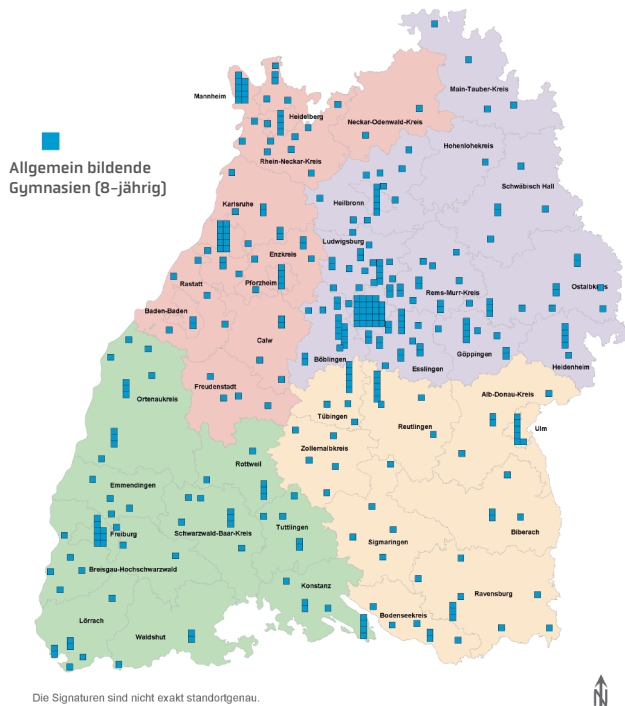
Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass jede Änderung der Schullandschaft die Schülerströme verändert.

Anzahl der G8- und G9-Schulen in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es aktuell 406 allgemein bildende Gymnasien, die nach acht Jahren zum Abitur führen (G8). Nach neun Jahren kann das Abitur an insgesamt 44 allgemein bildenden Gymnasien, sogenannten „G9-Modellschulen“, absolviert werden. Weiterhin besteht die Möglichkeit, an beruflichen Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Schulen besonderer Art das Abitur nach insgesamt 9 Jahren zu erlangen. Zur zahlenmäßigen Verteilung der verschiedenen Modelle siehe Abbildung 2.

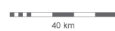
Eine vergleichende Kartenansicht (Abbildung 3, nächste Seite) zeigt, dass die aktuellen G8- und G9-Schulstandorte in Baden-Württemberg flächenmäßig ausgewogen verteilt sind. Städtische und ländliche Gebiete weisen jeweils eine ähnliche Verteilung auf. Nicht aufgeführt sind Schulen in freier Trägerschaft, wie z.B. die Waldorfschulen. Wiederum zeigt die Kartenansicht lediglich einen Vergleich zwischen allen Schulformen, die nach 9 Jahren zum Abitur führen können, und den allgemein bildenden G8 Gymnasien. Eine Gegenüberstellung nur der allgemein bildenden Gymnasien G8 und G9 würde ein anderes Bild zeigen.

Öffentliche Dienststellen der Schulart Gymnasium
[8 Jahre] in Baden-Württemberg im Schuljahr 2022/23
[Dienststellenbetrachtung]



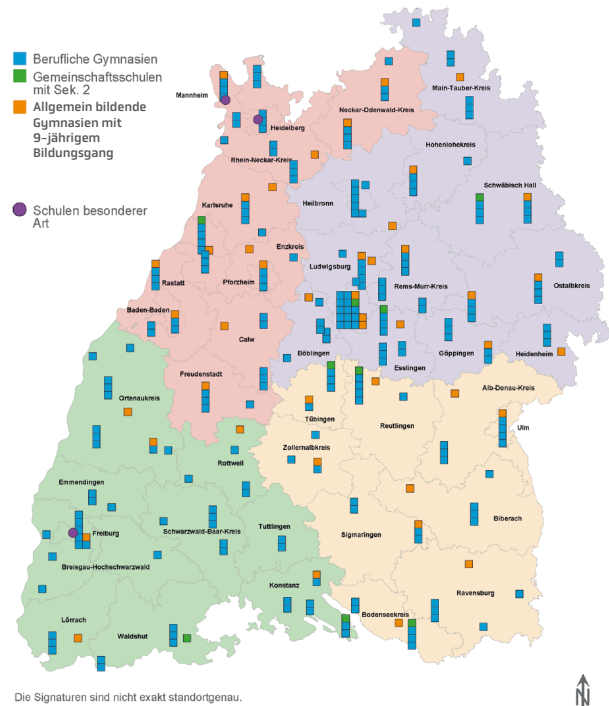
Die Signaturen sind nicht exakt standortgenau.

Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg, Referat 13
Datengrundlage: Amtliche Schulstatistik Baden-Württemberg
Kartengrundlage: GfK GeoMarketing GmbH, Karte erstellt mit RegioGraph 2022



IBBW
Institut für Bildungsanalysen
Baden-Württemberg

Öffentliche Dienststellen der Schulart Gymnasium
[9 Jahre], Gemeinschaftsschule Sek. 2 und Berufliches
Gymnasium in Baden-Württemberg im Schuljahr 2022/23
[Dienststellenbetrachtung]



Die Signaturen sind nicht exakt standortgenau.

Abbildung 3: Geografische Verteilung von G8 Gymnasien (links) und Schulen mit Möglichkeit zum Abitur nach 9 Jahren. (Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport)

Rahmenbedingungen für das Abitur, Entwicklung der Leistungen

In Deutschland werden Vorgaben für das Abitur von der Kultusministerkonferenz der Länder gesetzt. Quantitativ müssen mindestens 265 Jahreswochenstunden bis zum Abitur geleistet werden – unabhängig von der Dauer des Bildungsgangs. In einer G8-Schule müssen diese Wochenstunden auf acht, in einer G9-Schule auf neun Jahre verteilt werden. Zudem werden qualitative Bildungsstandards mit zentral erstellten Prüfungsaufgaben für Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch – ab 2025 auch für Physik, Chemie und Biologie festgelegt. Auch diese gelten sowohl für G8 als auch für G9.

In verschiedenen wissenschaftlichen Studien sind keine Leistungsunterschiede zwischen G8- und G9-Gymnasien festgestellt worden. Die Abiturnoten sind vergleichbar: Schülerinnen und Schüler

mit G9 machen kein besseres oder schlechteres Abitur als diejenigen mit nur 8 Jahren Gymnasium.

Abitur an beruflichen Schulen

Im Bürgerforum zeigte Klaus Lorenz, Leiter der Abteilung 4 – Berufliche Schulen, Frühkindliche Bildung, Weiterbildung, des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg, dass fast zwei Drittel der Jugendlichen in Deutschland und in Baden-Württemberg im Dualen System ausgebildet werden. Somit ist die duale Berufsausbildung eine wichtige Säule der Wirtschaft, die auch bei möglichen Anpassungen des Schulsystems zu berücksichtigen ist. Dabei ist die Schullandschaft äußerst vielfältig: Kinder können ein berufliches Gymnasium mit neun Schuljahren besuchen und haben hinterher die allgemeine Hochschulreife. Berufliche Gymnasien bieten die Möglichkeit auf verschiedene Begabungen und Profile einzugehen. Im Allgemeinen bilden Berufsschulen im Dualen

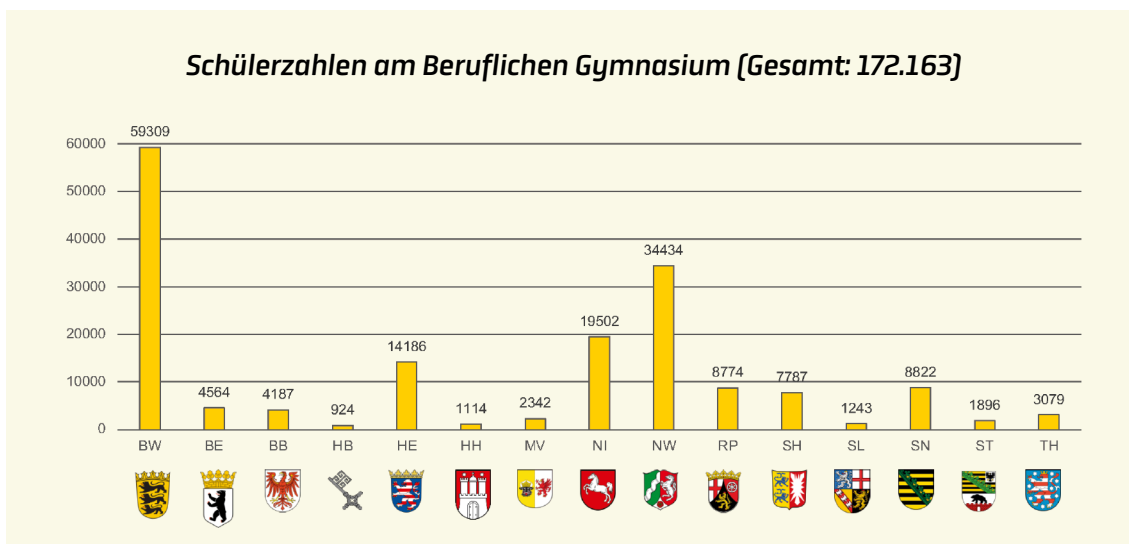


Abbildung 4: Schülerzahlen in beruflichen Gymnasien im Ländervergleich [Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport / Statistisches Bundesamt Schuljahr 2020/2021 (öffentliche und private Schulen)]

System zusammen mit einer praktischen betrieblichen Ausbildung (umgangssprachlich „Lehre“) aus. Hinzu kommen zusätzliche Bildungsangebote wie die Ausbildungsvorbereitung und das Vorqualifizierungsjahr, Berufsfachschulen, Berufskollegs sowie Techniker- und Meisterschulen, die einen Aufstieg bis hin zum Studium auch später möglich machen und die unterschiedlichen Übergänge zwischen den Schulformen erleichtern. Zu den unterschiedlichen Bildungswegen findet sich eine Übersichtstabelle in der Dokumentation der Anhörungen.

Das Abitur an einem beruflichen Gymnasium führt zur allgemeinen Hochschulreife und zu einer uneingeschränkten allgemeinen Studierfähigkeit. Viele Jugendliche wechseln nach der Mittleren Reife an einer Realschule oder Gemeinschaftsschule auf das berufliche Gymnasium über. In Baden-Württemberg werden berufliche Gymnasien mit technischem, wirtschaftswissenschaftlichem oder lebens- und humanwissenschaftlichem Profil angeboten, jeweils mit mehreren berufsbezogenen Schwerpunktfächern.

Dabei werden die beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg stärker besucht als in anderen Bundesländern. Als Spitzenreiter bildet Baden-Württemberg aktuell fast 60.000 Schülerinnen und Schüler in beruflichen Gymnasien aus, fast doppelt so viel wie Nordrhein-Westfalen auf Platz

zwei im Ländervergleich und rund ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler an beruflichen Gymnasien bundesweit.

Zugleich ist die Zusammensetzung in beruflichen Gymnasien heterogener als in allgemein bildenden Gymnasien. Während Schülerinnen und Schüler aus Realschulen rund 60 Prozent der Schülerschaft von beruflichen Gymnasien in Baden-Württemberg ausmachen, sind rund 16 Prozent der Schülerinnen und Schüler in allgemein bildenden Gymnasien gestartet und haben dann auf ein berufliches Gymnasium gewechselt. Im Durchschnitt erreichen diese 16 Prozent eine deutlich bessere Abiturnote und beeinflussen den Gesamtdurchschnitt positiv.

G8 und G9 im Vergleich

Die Eberhard-Karls-Universität in Tübingen – genauer gesagt das Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung – hat im Jahr 2017 eine umfangreiche Studie zu G8 und G9 veröffentlicht. Unter dem Titel „Die G8-Reform in Baden-Württemberg: Kompetenzen, Wohlbefinden und Freizeitverhalten vor und nach der Reform“ vergleicht die Studie Auswirkungen der G8-Reform auf Kompetenzen, erlebte Belastungen und gesundheitliche Beeinträchtigungen sowie das Freizeitverhalten. Die Studie steht allen Interessierten vollständig und

kostenfrei zur Verfügung¹, erläuterte Prof. Dr. Ulrich Trautwein im Bürgerforum.

Als Grundlage für die Studie diente eine große, repräsentative Stichprobe aus den Daten des Nationalen Bildungspanels. Hierbei wurden Daten von fast 50 Gymnasien, von drei aufeinanderfolgenden Jahrgängen – des letzten regulären G9-Jahrgangs (2010/2011), des Doppeljahrgangs G8 und G9 im Übergangsjahr (2011/2012) und des ersten regulären G8-Jahrgangs (2012/2013) – erhoben. Insgesamt wurden über 5000 Jugendliche befragt.



Man bildet Menschen nicht nur zum Arbeiten aus. Man sollte sie zum Leben ausbilden.



In und für Bildung sollte und dürfe man nicht sparen! Es war ein lehrreicher, informativer Gesamtprozess, der auch Spaß gemacht hat. Man hat sich Gedanken bzgl. der Themen gemacht und uns als Bürgerinnen und Bürger gut eingebunden.

Kompetenzen

Mit Blick auf die Kompetenzen gab es überraschenderweise keine signifikanten Unterschiede zwischen G8 und G9 in den Bereichen Mathematik und Physik. In Biologie war ein kleiner Unterschied zugunsten von G9 beobachtbar, der aber nur für den Vergleich zwischen dem letzten G9-Jahrgang und dem ersten reinen G8-Jahrgang statistisch signifikant war. Im Doppeljahrgang fanden sich keine Unterschiede. Deutliche Unterschiede zeigten sich im Fach Englisch zugunsten von G9. Dabei können die Unterschiede bei den Englischleistungen auch aus anderen Faktoren im G9-Zug resultieren: Die Schülerinnen und Schüler, die ja in der Regel älter waren, hatten nicht nur ein Jahr mehr Zeit für den Spracherwerb in der Schule, sondern konnten auch außerschulische Lernmöglichkeiten nutzen. Eine andere Ursache könnte sein, dass Baden-Württemberg gleichzeitig mit G8 das neue

Fremdsprachenkonzept mit der zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 eingeführt hat. Dies führte bei manchen Schülerinnen und Schülern in den ersten G8-Kohorten zu einem Verlust von bis zu acht Jahreswochenstunden in Englisch. Zudem wurden in einer vergleichbaren Studie in Hamburg keine negativen G8-Effekte in Englisch festgestellt. Dies deutet darauf hin, dass die Gründe für die Leistungsunterschiede woanders als bei der G8-Reform liegen können.

Freizeitverhalten

Abschließend wurde über den Selbstbericht der Abiturientinnen und Abiturienten das Freizeitverhalten über Minuten pro Woche erfasst. Hierbei gab es keine bedeutenden Unterschiede, was z. B. die Zeit mit der Familie, Teilnahme am Orchester, Kirchengruppen oder andere Gruppen (außer Sport), Hobbys, Lesen oder schulische Angebote anging. In vier Bereichen konnten dagegen Unterschiede festgestellt werden: Im Vergleich lagen die Werte der G8-Abiturienten für die Kategorie „Freunde treffen“ in der Zeit des Abiturs etwa 90 Minuten unter denen der G9-Abiturienten. Auch für einen Nebenjob verwendeten sie nach eigenen Angaben weniger Zeit als ihre G9-Kolleginnen und Kollegen sowie geringfügig weniger (im Durchschnitt 3 Minuten pro Tag) Zeit für Sport oder Fernsehen.

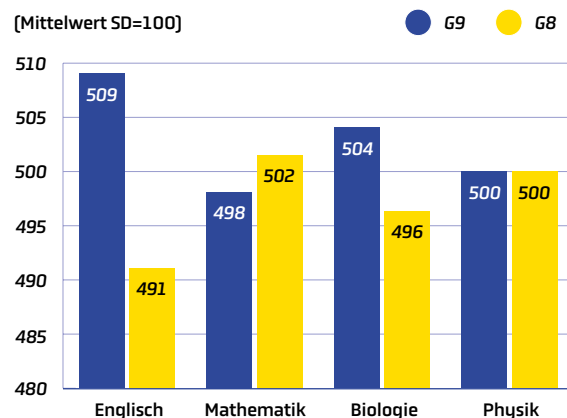


Abbildung 5: Kompetenzen der G8- und G9-Kohorten im Vergleich [nach Hübner, N., Wagner, W., Kramer, J., Nagengast, B. & Trautwein, U. (2017): Die G8-Reform in Baden-Württemberg: Kompetenzen, Wohlbefinden und Freizeitverhalten vor und nach der Reform. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft (20), 748–771].

¹ Hübner, N., Wagner, W., Kramer, J., Nagengast, B. & Trautwein, U. (2017): Die G8-Reform in Baden-Württemberg: Kompetenzen, Wohlbefinden und Freizeitverhalten vor und nach der Reform. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft (20), 748–771. <https://link.springer.com/article/10.1007/s11618-017-0737-3>

Weitere Studien zu G8/G9

Während für Baden-Württemberg nur die Daten des Nationalen Bildungspanels aussagekräftig sind, sind bundesweit weitere Studien zu G8/G9 durchgeführt worden. In der von Prof. Dr. Olaf Köller verantworteten Studie „Verkürzung der Gymnasialzeit in Deutschland. Folgen der G8-Reform in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland“ sind Ergebnisse mehrerer Studien systematisch zusammengetragen worden².



Ich fand das Arbeitsklima gut, es wurde höflich miteinander geredet. Außerdem ist die Vielfalt der Zufallsmenschen sehr positiv.

Auch diese Übersichtsstudie kommt zum Ergebnis, dass die G8-Reform keine systematischen Auswirkungen auf schulischen Leistungen und Kompetenzen oder auf die Studienvorbereitung gehabt hat. Beim Stress- und Belastungserleben können möglicherweise Effekte festgestellt werden, allerdings weisen die Studien hier ein uneinheitliches Bild auf [siehe Abschnitt zu Belastungen]. Bei Mitgliedschaften in Vereinen, Sportvereinen und sportlichen Freizeitaktivitäten konnten keine Auswirkungen festgestellt werden, die allein G8 zugeordnet werden können. Sie gehen teilweise allgemein zurück, in G8 und in G9 mit ähnlichem Anteil. Mögliche Rückgänge bei Auslandsaufenthalten von Schülerinnen und Schülern, die laut Prof. Köller aber nicht eindeutig G8 zuzuordnen sind, werden laut Prof. Trautwein womöglich dadurch kompensiert, dass viele das Jahr nach der Schule gerade für diesen Zweck nutzen. Insgesamt kommt Prof. Köller dadurch zur Auffassung, dass die G8-Reform keine substanziellen negativen Konsequenzen für die Schülerinnen und Schüler mit sich brachte. Zusätzlich haben sich weitere Studien mit ein-

zelnen Aspekten näher befasst. Beispielsweise kommt eine Studie der Universität Duisburg-Essen zum Ergebnis, dass die höhere Lernintensität Auswirkungen auf das psychische Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler haben kann, die aber vergleichsweise klein bleiben³.

Auswirkungen auf den Übergang an die Hochschulen

In den Sitzungen des Bürgerforums wurden die Auswirkungen von G8/G9 auf die Hochschulen und Wirtschaft diskutiert. Laut Benjamin Peschke, Geschäftsführer der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Baden-Württemberg (HAW BW) e. V. nehmen wir in der Gesellschaft und unter den Jugendlichen verschiedene Entwicklungstendenzen wahr, die aber nicht unbedingt mit der Frage G8/G9 zusammenhängen. So sind auch in den Hochschulen Verunsicherung und geringere Selbständigkeit spürbar. Es fällt aber schwer festzustellen, dass dies Folgen des gekürzten Gymnasiums wären.



Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin kommt zwar zur Aussage, dass die Studierenden nach G8 in den ersten drei Hochschulesemestern etwas häufiger den Studiengang wechseln, sodass hier eine gewisse Umorientierung stattfindet. Dies könnte dadurch bedingt sein, dass die Studierenden zum Beginn des Hochschulstudiums jünger sind – allerdings

² Auch diese Studie steht allen Interessierten vollständig und kostenfrei zur Verfügung: https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2020/12/Verkuerzung_der_Gymnasialzeit_in_Deutschland_Stiftung_Mercator.pdf

³ Hofmann, S. & Mühlenweg, A. (2017) Learning Intensity Effects in Students' Mental and Physical Health : Evidence from a Large Scale Natural Experiment in Germany. CINCH Working Paper Series (7). https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00070969



nicht so viel jünger, wie mit der G8-Reform angestrebt wurde. Zudem haben auch die Abschaffung der Wehrpflicht und der Bologna-Prozess dazu beigetragen, dass das Studium im Durchschnitt etwas früher begonnen und gestrafft durchgeführt wird.

Auch bei den Leistungen der Studienabgängerinnen und -abgänger seien keine großen Unterschiede zwischen G8 und G9 festzustellen, so Herr Peschke. Die Studierfähigkeit der Studierenden sei bereits vor der G8-Reform von den Hochschulen kritisiert worden. Während die Studierenden innerhalb einer Kohorte sowohl hinsichtlich ihrer Leistungen als auch der persönlichen Reife heterogener geworden sind, sei dies, folgt man den Statistiken, nicht auf G8 zurückzuführen.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Thomas Weise, Abteilung Berufliche Bildung und Fachkräfte der IHK Region Stuttgart, berichtete aus der Perspektive der Wirtschaft, dass sich die Industrie- und Handelskammern in Abstimmung mit ihren Mitgliedsbetrieben im Vorfeld der G8-Reform für G8 eingesetzt haben. Das Ziel war damals, dass die jungen Menschen früher ihre Ausbildung oder Studium beginnen und dadurch früher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen würden. Für die Ausbildung hat sich dieses Ziel nicht erfüllt, so Herr Weise: Die Auszubildenden sind beim Beginn der Ausbildung im Durchschnitt nach wie vor 19-20 Jahre alt, da viele das gewonnene Jahr für anderes

nutzen. Dagegen stelle man in den Betrieben fest, dass die Hochschulabgängerinnen und -abgänger deutlich jünger sind. Dies habe aber weniger mit G8 als mit der Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse im Zuge des Bologna-Prozesses zu tun. Laut Herr Weise sei die Haltung in der Wirtschaft mit den Erfahrungen uneinheitlicher geworden, sodass auch die IHK aktuell keine Position zur Frage G8/G9 bezieht: Bedeutender sei die Frage, wie das allgemein bildende Gymnasium in diesen acht oder neun Jahren inhaltlich und methodisch ausgestaltet wird.



Der inflationäre Bedarf an Abitur als Einstiegsqualifikation für Ausbildungsberufe widerspricht der Idee des allgemein bildenden Gymnasiums.

Ein besonderes Augenmerk richtete Herr Weise auf die Gestaltung des Übergangs zwischen Schule, Ausbildungszeit und Beruf. Für einen schnellen Einstieg sei die Frage wichtig, ob die Berufsorientierung und die Bewerbungsphase während oder erst nach der Schule stattfinden. In diesem Kontext sei auch das Lückenjahr (Gap-Jahr) zu bewerten: Grundsätzlich kann ein Jahr im Ausland oder als soziales Jahr wertvoll für die individuelle Entwicklung sein. Dies sollte aber nicht notgedrungen stattfinden, weil man vorher keine Möglichkeit hatte, sich mit seinen Zukunftsvorstellungen zu befassen.

Dabei sollen die Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler nicht allein im Übergang unterstützen, sondern idealerweise in Kooperation mit vielen Partnerorganisationen: Sozialarbeit, mobiler Jugendarbeit, aber auch Vereinen und Betrieben. Ob in G8 oder G9 sei es wünschenswert, dass das Gymnasium als offenes Netzwerk weiterentwickelt werde, so Herr Weise. Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten, sich praktisch zu erproben und auf unterschiedliche Arten lernen. Hierfür sollten die Übergänge zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben fließender gestaltet werden.

Vergleich von Schulwechseln und Abgängen

Von den Zufallsbürgerinnen und -bürgern wurde die Durchlässigkeit des Schulsystems nach der G8-Reform ausgiebig diskutiert. Herr Lazaridis vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg erklärte dazu, dass Schulwechsel oder -abgänge für G8 und G9 in Baden-Württemberg statistisch nicht getrennt erhoben werden. Insgesamt wechseln in den Klassenstufen 7 bis 9 – in der Phase, wo am häufigsten gewechselt wird – jährlich ein bis zwei Prozent der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten vom Gymnasium in die Realschule. Die Zahlen sind dabei über die Jahre auf stabilem, niedrigem Niveau. In die Werkreal- oder Gemeinschaftsschulen wechseln jährlich nur sehr wenige Schülerinnen und Schüler.

mit dem Leistungsniveau nicht mithalten können und dann doch wechseln müssen.

Vergleich des Abiturnotenschnitts

Die Zufallsbürgerinnen und -bürger wollten auch wissen, ob G8 oder G9 einen Einfluss auf die Abiturnoten hat. Dies lässt sich aus den Zahlen nicht erkennen. Zwischen 1990 und 2018 ist der Notendurchschnitt beim Abitur in Baden-Württemberg konstant bei 2,3–2,4 geblieben. In den Jahren 2021 und 2022 wurden G8-Regelschule und G9-Modellschule zum ersten Mal getrennt erfasst. Im Notenschnitt waren keine statistisch signifikanten Unterschiede zu beobachten. Statistisch lässt sich allerdings feststellen, dass die Verteilung auseinander geht: Es gibt mehr Schülerinnen und Schüler mit einem 1er-Abitur und gleichzeitig mehr Schülerinnen und Schüler, welche die Prüfungen nicht bestehen.



Für mich war überraschend, wie gering die Unterschiede zwischen G8 und G9 in den wissenschaftlichen Studien sind. Das hatte ich anders eingeschätzt.

Dabei sind in den letzten Jahren die Zahlen der Abgänge nach Klasse 10, wo Schülerinnen und Schüler sich für das Abitur oder für eine alternative Laufbahn entscheiden, leicht, aber statistisch erkennbar gestiegen. Im Schuljahr 2004/2005 (Wechsel zu G8) waren es 4,4 Prozent, im Schuljahr 2020/2021 7,4 Prozent. Hierfür kann es verschiedene Gründe geben: Unter anderem hat man in den letzten Jahren angestrebt, die duale Ausbildung zu stärken. Ein größerer Teil der Gymnasiasten aus G8 wechselt nach Klasse 9 oder 10 auf die beruflichen Gymnasien. Hinzu kommt die Corona-Pandemie in den Jahren 2020/2021, die als Ursache für einen Wechsel oder früheres Beenden der Schulzeit noch wenig erforscht ist.



Vergleich der Anzahl an Wochenstunden

Vor dem Hintergrund zunehmender Schulwechsel diskutieren die Zufallsbürgerinnen und -bürger die Frage, ob eine Verlängerung der Grundschulphase und ein späterer Wechsel auf weiterführende Schulen einige der angesprochenen Herausforderungen mindern oder ausgleichen könnten. Andere vermuten, dass eine längere Grundschulphase sich eher kontraproduktiv auswirken könnte und mehr Kinder auf das Gymnasium gehen, die

Auch die Frage nach dem Verhältnis von Schulstunden und Freizeitstunden im G8 oder G9 wurde seitens der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger gestellt. Die unterschiedlichen Stundenpläne und die Gestaltungsfreiheiten der Schulen bei den Poolstunden und der Verteilung der Unterrichtsstunden, machen einen direkten Vergleich schwierig. Transparent können nur die Pflichtstunden in G8 und in den G9 Modellschulen

G8 und G9 in den deutschen Bundesländern

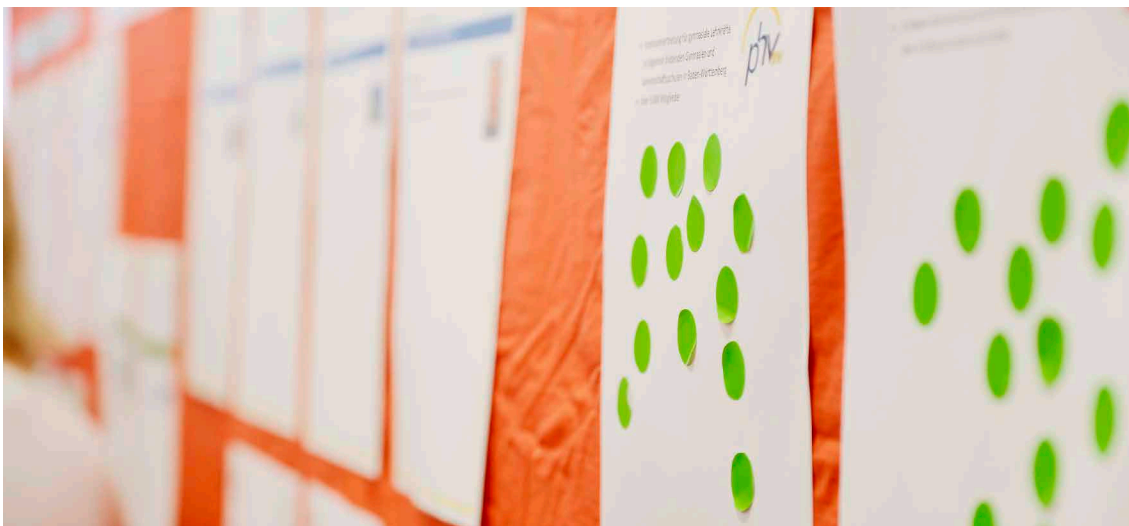
Land	G8	G9
Baden-Württemberg	Regelform	Wahlform (ca. 16%)
Bayern	auslaufend (nur noch Klasse 12/13)	Regelform
Berlin	Regelform	–
Brandenburg	Regelform	–
Bremen	Regelform	Wahlform (ca. 10%)
Hamburg	Regelform	–
Hessen	als Wahlform aufwachsend (derzeit Klasse 5–9)	Regelform
Mecklenburg-Vorpommern	Regelform	--
Niedersachsen	–	Regelform
Nordrhein-Westfalen	als Wahlform aufwachsend (Klasse 5–9: < 1%)	als Regelform aufwachsend
Rheinland-Pfalz	Wahlform (knapp 10%)	Regelform
Saarland	Regelform (bis 2022/2023)	Regelform (ab 2023/2024)
Sachsen	Regelform	–
Sachsen-Anhalt	Regelform	–
Schleswig-Holstein	als Wahlform aufwachsend (Klasse 5–9: ca. %)	als Regelform aufwachsend
Thüringen	Regelform	–

Abbildung 6: G8 und G9 in den deutschen Bundesländern
(Stand Dezember 2023, Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport)

verglichen werden: Bis zum Abitur müssen unabhängig von G8 oder G9 mindestens 265 Jahreswochenstunden unterrichtet werden. Bei G9 sind es ca. 30 Wochenstunden in den Klassen 5 bis 11, bei G8 sind es 32 Wochenstunden in den Klassen 5 und 6 und 34 Wochenstunden in den Klassen 7 bis 10. Die tatsächlichen Wochenstunden können je nach Schülerin oder Schüler und je nach Schule aber variieren.

Haben Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg durch G8 einen Nachteil, wenn sie umziehen müssen?

Das Kultusministerium erklärte hierzu: Deutschlandweit ist in neun Bundesländern G8 die Regelform. In sieben Bundesländern ist G9 bereits wieder die Regelform oder aufwachsend in der Umstellung. In vier Bundesländern besteht G8 als Wahlform. In zwei Bundesländern – und hierzu gehört auch Baden-Württemberg – besteht G9 als Wahlform. Anders formuliert: Es gibt nur in zwei Bundesländern keine Möglichkeit für G8. Umgekehrt aber in 7 Bundesländern kein G9!



Schaut man die absoluten Schülerzahlen an, besuchten bundesweit im Schuljahr 2022/2023 1.256.523 Schülerinnen und Schüler einen G9- und 1.020.486 junge Menschen einen G8-Zug. In den Anhörungen des Bürgerforums war hier ein anderer Eindruck entstanden. Das Bürgerforum nimmt zu diesen Informationen wie folgt Stellung:

■ **Harmonisierung auf Bundesebene erwünscht**

Das Bürgerforum ist irritiert, dass die Informationen zum systematischen Vergleich der Bundesländer nicht transparent von den angehörten Expertinnen und Experten bereitgestellt wurden. Die Darstellung macht unterschiedliche Entwicklungstendenzen in den Bundesländern deutlich. Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger wünschen sich eine transparente Darstellung der realen bundesweiten Schülerinnen- und Schülerzahlen in Bezug auf die Regel- und Wahlformen für eine Präzisierung der Debatte. Mögliche Trends müssten über mehrere Jahre verfolgt und Schülerzahlen hochgerechnet werden, damit eine solide politische Entscheidungsgrundlage entsteht. **Hier sieht das Bürgerforum Handlungsbedarf im Aufbau geeigneter Datengrundlagen.** Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger stellen außerdem eine besondere Rolle Baden-Württembergs fest, da das Bildungssystem in Deutschland im Umbruch ist. Sie weisen auf die große Bedeutung der Entscheidung zu G8 oder G9 im Land auch mit Blick auf die Bundesebene hin.

■ **Längeres gemeinsames Lernen**

Das Bürgerforum wollte wissen: Ist es nicht sinnvoller, die Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen zu lassen?

Vittorio Lazaridis führte hierzu aus: Dies ist eine der Grundfragen der Gestaltung eines Schulsystems. Hierbei kann man die Vor- und Nachteile eines „gegliederten“ und eines „integrativen“ Systems diskutieren. In einem gegliederten System können sich die Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule für verschiedenen Schularten entscheiden. In einem integrativen System wird auch nach der Grundschule in der Sekundarstufe I, das wäre in Deutschland in den Klassen 5 bis 10, gemeinsam gelernt.

Das Bürgerforum diskutiert hierzu, dass dieses System in den Gemeinschaftsschulen angeboten wird. Aber nur rund 16 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg treten heute nach der Grundschule in die Gemeinschaftsschule ein. Beim allgemein bildenden Gymnasium sind es fast 44 Prozent. Das Bürgerforum regt an, über Mischformen mit einem gemeinsamen Lernen bis Klasse 6 (wie aktuell in Berlin) nachzudenken, allerdings gleichzeitig die Bestenförderung nicht zu vernachlässigen. In der nachfolgenden Abstimmung dieser Empfehlung gehen die Meinungen im Bürgerforum allerdings etwas auseinander. Auch hier sollte das Thema der Harmonisierung auf Bundesebene im Blick bleiben, so der Hintergrund mancher kritischer Sicht auf diese Empfehlung.

Fazit zu Hintergrund und Zielsetzung von G8

Die Bürgerinnen und Bürger ziehen ein überraschend klares Resümee aus den letzten 19 Jahren seit der Bildungsreform zum achtjährigen Gymnasium 2004/2005:

Wurde das Ziel der Zeitverkürzung durch G8 erreicht?

In den Anhörungen des Bürgerforums wurde die Einführung von G8 mit dem Ziel begründet, dass junge Menschen früher ihre Ausbildung oder ihr Studium beginnen und somit früher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Doch sowohl das Ministerium wie auch die Wirtschaft haben bestätigt, dass sich dieses **Ziel** im Bereich der Ausbildung **nicht erfüllt** hat. Trotz der verkürzten Schulzeit sind Auszubildende bei Ausbildungsbeginn im Durchschnitt immer noch 19–20 Jahre alt, da viele Jugendliche das gewonnene Jahr zur Regeneration und für andere Aktivitäten nutzen. Dies bestätigt auch der Verband der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Baden-Württemberg (HAW BW). Die jungen Menschen sind bei Eintritt ins Studium gleich alt. Die Antwort lautet also: **Nein**, es entsteht durch G8 kein früherer Eintritt in Ausbildung, Beruf oder Studium. Als wirkungsvoll hat sich dagegen die Einführung der Bachelorstudiengänge erwiesen. Die Studienzeiten haben sich verkürzt, so dass junge Menschen mit Hochschulabschluss heute schätzungsweise ein bis zwei Jahre jünger sind.

■ Ziel der jüngeren Absolvierenden verfehlt

Die klare Mehrheit des Bürgerforums ist der Auffassung, dass das **Ziel der G8 Reform verfehlt** wurde und die **erhofften Vorteile für die Wirtschaft** (jüngere Absolvierende im internationalen Vergleich) durch G8 **nicht eingetreten** sind. 46 von 55 stimmen hier zu, drei lehnen ab, sechs enthalten sich.



Eine Umstellung auf G9 bringt hier naturgemäß keinen Vorteil der zeitlichen Verkürzung. In der Diskussion wird aber auch kein nennenswerter Nachteil gesehen, da die Möglichkeit bestehe, einen Auslandsaufenthalt oder Praktikum schon während der Schulzeit zu absolvieren. Hier zeigt sich bereits eine der Kernaussagen des Bürgerforums: Das Ziel der Verkürzung der Ausbildungszeiten in den allgemein bildenden Gymnasien wird als nachrangig angesehen. **Im Vordergrund steht die inhaltliche Qualität, die Umsetzung von Bildungszielen und Fragen der Bildungsgerechtigkeit.**

■ Entscheidung zu G8 oder G9 ist kein Luxusproblem

Für die Bürgerinnen und Bürger ist die Frage nach der Qualität der Bildung essenziell. Für sie spielt **Bildung in einer demokratischen Gesellschaft eine Schlüsselrolle**. Sie fordern hier die Politik aktiv zum Handeln auf.

Nur 19 von 55 halten die Frage, ob die allgemein bildenden Gymnasien in acht oder neun Schuljahren zum Abitur führen sollen, für ein „Luxusproblem“ bzw. für eine **nachrangige politische Fragestellung**. 29 sehen diese nicht so, sieben enthalten sich.



Politik ist also gefordert, sich intensiv mit den Inhalten auseinanderzusetzen. Dass die Bildung unserer Kinder als höchstes Gut betrachtet wird, teilen viele der Bürgerinnen und Bürger als Wertegrundlage. Sie wünschen sich, dass sich dies auch in der politischen Debatte und den Anstrengungen zur Umsetzung widerspiegelt.

Haben sich Qualität, Inhalte oder Fragen der Bildungsgerechtigkeit durch G8 verbessert?

Die Anhörung der Expertinnen und Experten beim Bürgerforum zeigte ein **überraschend einheitliches Bild**: Alle eingeladenen Fachpersonen beschrieben große Herausforderungen und Defizite der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg bei der Umsetzung von Bildungszielen angesichts der heutigen Herausforderungen. **Sie haben dies aber unabhängig von G8 oder G9 getan.** Die Unterschiede in den Leistungen, Noten und bei den Belastungsempfindungen waren hier viel weniger deutlich als erwartet. Für die Bürgerinnen und Bürger ist eines der Erkenntnisse, dass sich wissenschaftlich nicht nachweisen lässt, dass G8 zu Nachteilen führt – aber eben auch nicht zu einer Verbesserung. Ziel der G8-Reform war nach Sicht des Bürgerforums eher der Erhalt des erreichten Bildungsniveaus trotz der Verkürzung der Zeit und weniger eine konsequente Ausrichtung auf zukünftige Bildungsbedarfe. Das Bürgerforum beantwortet die Frage, ob die G8-Reform inhaltlich eine Verbesserung bewirkt hat, erneut mit **nein**.

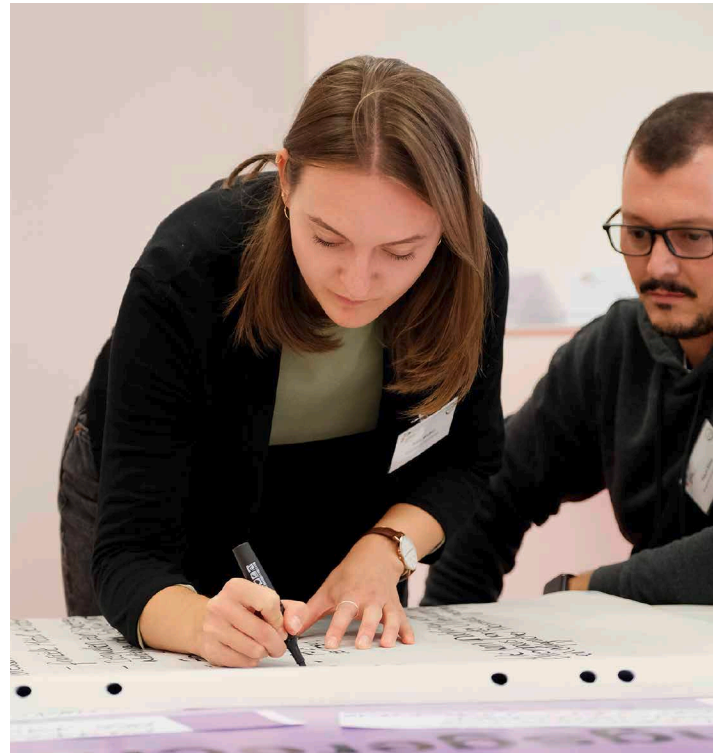
Einer der Bürger bringt es nach der zweiten Anhörung auf den Punkt: „Ich habe heute wieder kein Argument gehört, dass G8 eindeutige Vorteile hätte. Nur zu sagen, es ist auch keine Verschlechterung, reicht mir nicht.“

■ Kernforderung nach einer umfassenden Bildungsreform

Das Bürgerforum äußert sich eindeutig: **Weder bei G8 noch bei einer Rückkehr zum alten G9 besteht die Sicherheit, dass mit dem aktuellen Schulsystem heutige Bildungsziele erreicht werden. Beides müsste reformiert werden. Hier gibt es keine Gegenstimme, drei enthalten sich.**

■ Ganzheitliche schulartenübergreifende Anpassung von Bildungsplänen

Die klare Mehrheit sieht eine **ganzheitliche, schulartenübergreifende Schulreform mit einer Anpassung der Bildungspläne als**



dringend erforderlich an, um zentrale Bildungsziele umzusetzen, Inhalte und Kompetenzen besser zu fördern, Belastungen zu reduzieren und mehr Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. 49 unterstützen diese Forderung bei nur einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen.

29 Personen schlagen konkret einen **Leitfaden des Kulturministeriums mit Bausteinen vor**, wie die bestehenden Handlungsspielräume besser umgesetzt werden können – so wie man es bei den ausgezeichneten Schulen bereits sieht. Bei vier Gegenstimmen zeigen sich die Bürgerinnen und Bürger mit 22 Enthaltungen eher unentschlossen.

Hintergrund der hohen Anzahl an Enthaltungen ist hier, dass es bereits verschiedene Leitfäden gibt, dass aber die Lehrkräfte im Alltag kaum Gelegenheit haben, diese auf Umsetzbarkeit zu prüfen, für ihre Situation anzuwenden und sich im Kollegium dazu auszutauschen. Hier fehlen entsprechende Fortbildungszeiten, so eine Teilnehmerin.



Fazit zur Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums

Der Befund des Bürgerforums ist überaus eindeutig: Es geht nicht um eine einfache Entscheidung pro oder contra G8 oder G9. Diese Entscheidung würde nach Ansicht der Teilnehmenden zu kurz greifen. Eine Zuspitzung im politischen Raum auf die Ja/Nein-Frage, wird als nicht hilfreich angesehen. In den nachfolgenden Kapiteln werden ausführlich die aktuellen Herausforderungen und Empfehlungen für ein Bildungssystem der Zukunft formuliert. Klar ist:

„Ein Zurück zum alten G9 darf es nicht geben!“

In den Beschreibungen von Bildungszielen & Anforderungen, Inhalten & Kompetenzen, Belastungen & Bildungsgerechtigkeit sowie den Auswirkungen auf Hobby, Freizeit & Sport wird deutlich:

„G8 ist nicht die Ursache!“

Hier widerspricht das Bürgerforum einfachen kausalen Zusammenhängen und fordert eine differenziertere Debatte zugunsten einer notwendigen ganzheitlichen Bildungsreform. Aus Sicht des Bürgerforums sind die Anforderungen an Schule, den Herausforderungen junger Menschen zu begegnen, eindeutig gestiegen. Die Schule der Zukunft muss mehr Aufgaben übernehmen als heute, um der wachsenden Vielfalt gerecht zu werden. **Schule hat eine zunehmend wichtige Rolle in der Gesellschaft, demokratische Grundhaltungen und Werte, Verantwortung für Mensch und Umwelt und ein konstruktives, soziales Miteinander einzuüben.** Dies ist in den Bildungszielen und Bildungsplänen besser zu verankern – inhaltlich und methodisch. Schule muss sich hierzu aber auch besser vernetzen, wie die nachfolgenden Abschnitte zeigen werden. Um diesen komplexen Herausforderungen besser begegnen zu können, braucht es Zeit. Zeit für die Schülerinnen und Schüler sich zu entwickeln, Zeit für die Lehrenden, sich neue Inhalte und Kompetenzen anzueignen und diese zu vermitteln, Zeit für die Familien oder alternative Förderstrukturen, junge Menschen bestmöglich zu begleiten.

Das Bürgerforum kommt zum Schluss:

„Mit mehr Zeit ließen sich die Herausforderungen besser abfedern.“

Die klare Mehrheit des Bürgerforums spricht sich deshalb für ein **neues G9 als Regelfall** an allgemein bildenden Gymnasien mit **G8-Schnellläufer-Zügen** an großen Gymnasien oder Gymnasien mit spezieller Profilbildung aus. Auch im ländlichen Raum sollte pro Kreis mindestens ein G8-Zug angeboten werden. 49 stimmen hier zu. Es gibt nur zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen.

Dies ist für alle ein überraschend eindeutiges Ergebnis!

Bei der Gegenfrage sprechen sich fünf Personen für eine **Weiterführung von G8 als Regelfall** mit einem Ausbau der **G9-Modellschulen** und einer Reform des bestehenden Systems aus. 40 Gegenstimmen und zehn Enthaltungen fallen hier ins Gewicht.

„Das neue G9 darf kein Schnellschuss der Politik werden!“

Geht es nach den Wünschen des Bürgerforums, soll also Baden-Württemberg zu einem neuen G9 aufbrechen mit reformierten Bildungszielen und mehr Bildungsgerechtigkeit. Ein komplexes Unterfangen, dass nicht mit einem Richtungsentscheid erledigt ist, so die Bürgerinnen und Bürger. Hierbei sind auch die Auswirkungen auf das von allen als wertvoll bewertete mehrgliedrige Bildungssystem zu beleuchten.

29 begrüßen die Vielfalt des Bildungssystems in Baden-Württemberg und wünschen sich, dass vor einer Umstellung auf G9 die **Auswirkungen auf andere Schularten** geprüft werden. 12 stimmen hier nicht zu, 14 enthalten sich.



Insbesondere die beruflichen Gymnasien sind als zweiter Bildungsweg von hoher Bedeutung und sollen erhalten werden.



Nur 14 Teilnehmende wünschen sich ein **schlankeres Bildungssystem mit weniger Säulen** (Gymnasium / andere Schularten integrieren). 25 sprechen sich dagegen aus, 16 Personen enthalten sich der Stimme.

„Eine plötzliche Umstellung würde zu großen Belastungen der Lehrerschaft und hohen Kosten führen“

■ Gezielte Lenkung und schrittweiser Ausbau



Eine klare Mehrheit sieht eine **gezielte Lenkung des schrittweisen Ausbaus von G9 Schulen als erforderlich an**. 47 unterstützen diese Empfehlung bei nur zwei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen.



48 empfehlen eine **gestaffelte Einführung ab Klasse Fünf** von unten nach oben (eine Gegenstimme, sechs Enthaltungen)



Nur 16 Personen könnten sich zusätzlich eine räumliche Lenkung vorstellen, so dass nicht alle Schulen gleichzeitig umstellen müssen. 27 lehnen diese ab, 12 möchten sich in dieser Frage enthalten.

■ Die Zeit zum Aufbau von Ressourcen nutzen



Viel Unterstützung erhält der Vorschlag, den gestaffelten Umbau zu G9 zum **Aufbau von personellen Ressourcen** zu nutzen und die **Ausbildung, Flexibilisierung von Arbeit und Weiterbeschäftigung** von Lehrkräften finanziell möglich zu machen. 49 stimmen hier zu, drei dagegen, drei enthalten sich.

■ Verbindliche Grundschulempfehlung

Die Bürgerinnen und Bürger diskutieren, ob der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung das Leistungsniveau der Gymnasiasten schwächt. Manche Bürgerinnen und Bürger und der Hauptpersonalrat der Gymnasien befürworten die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung, damit der Anteil der Kinder, die auf das Gymnasium gehen nicht noch weiter steigt. Vertretende des Landeschülerbeirats und der GEW sprechen sich im Bürgerforum dagegen aus. Aus Sicht der angehörten Schülerinnen und Schüler müssten auch die Kinder in die Gespräche einbezogen werden und der Leistungsdruck in der Grundschule reduziert werden. Aus der Perspektive der Bildungsgerechtigkeit empfehlen im Bürgerforum sowohl die GEW wie auch Prof. Dr. Havva Engin aus dem Institut für Erziehungswissenschaft, Pädagogische Hochschule Heidelberg, ein längeres gemeinsames Lernen, um auch die sprachlichen Unterschiede besser auszugleichen. Die angehörten Lehrkräfte setzen den Fokus eher auf die Beratung der Eltern. Im Bürgerforum wurden deshalb drei Voten zur Abstimmung gestellt.

25 Teilnehmende sprechen sich für die Wiedereinführung der **verbindlichen Grundschulempfehlung** aus, damit nicht zu viele Schülerinnen und Schüler auf das Gymnasium gehen. 22 widersprechen hier, acht enthalten sich.

33 halten eine **Reform der Grundschulempfehlung** für wichtig: Vorgeschlagen wird eine 2 zu 1-Lösung: Elternwunsch, Test und Lehrerempfehlung werden hierbei gewichtet. 12 stimmen hier nicht zu, zehn enthalten sich.

Nur 15 Personen wünschen **keine verbindliche Grundschulempfehlung** und schlagen ein längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 6 vor. Ein „Grundschulabitur“ in den Klassen 3 und 4 gilt es aus ihrer Sicht zu vermeiden. 31 Teilnehmende sehen dies anders, 9 enthalten sich.



G8 | G9

Das neue G9



Empfehlungen zu Bildungszielen und Anforderungen

Defizite in der Studierfähigkeit ausgleichen

Eine Teilnehmerin fragt im Bürgerforum nach, ob sich durch die G8-Reform in den **MINT-Fächern** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik), durch die beispielsweise in Mathematik viele Stunden für das Üben im Unterricht weggefallen sind, die Anschlussfähigkeit zum Studium verschlechtert habe. Tatsächlich ist z.B. im Fach Mathematik ein komplettes Schuljahr mit 3 Wochenstunden weggefallen. Das macht ca. 100 Stunden Mathematik weniger. Sie will wissen: „Ist durch G8 nicht ein großes Defizit in den MINT-Fächern entstanden? Brechen nicht viele Studierende gerade deshalb ein MINT-Studium ab?“ Die Daten sprechen gegen diese Beobachtung. Laut Herrn Prof. Dr. Trautwein, hat G8 nicht zu Leistungsdefiziten in der Mathematik oder Physik geführt. Schülerinnen



und Schüler in G9-Schulen zeigen vergleichbare Leistungen. Nach den angehörten Expertinnen und Experten kommen die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger zum Schluss, dass es bei den Leistungen der Schulabgängerinnen und -abgänger keine großen Unterschiede zwischen G8 und G9 gibt. Die

Studierfähigkeit der Studierenden wurde bereits vor der G8-Reform kritisiert, vor allem in Bezug auf die **Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik** (MINT-Fächer), so die Hinweise der Experten.

Prof. Dr. Trautwein stellt im Vergleich von G8 zu G9 **Defizite vor allem in der Fremdsprache Englisch** für die G8-Gruppe fest. Auch Frau Prof. Dr. Engin und Prof. Dr. Monika Buhl, Institut für Bildungswissenschaft, Universität Heidelberg, berichten im Bürgerforum über **größer werdende Sprachdefizite in Deutsch und Englisch** bei den Schülerinnen und Schülern ihrer Studien. Dabei weisen die Expertinnen und Experten darauf hin, dass die Defizite und der Trend zu sinkenden Kompetenzen nicht nur bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten sind (siehe nachfolgenden Abschnitt zu Inhalten und Kompetenzen). Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger sehen hierin eine **weitreichendere Gefährdung der Studierfähigkeit** verglichen mit den MINT-Fächern, weil **Sprache die Grundlage des Wissenserwerbs ist. Aus Sicht des Bürgerforums müssen die sprachlichen Defizite vorrangig bearbeitet werden und hier deutlich mehr Wochenstunden oder Zusatzangebote aufgebaut werden.**

■ **Bildungsziele und Anforderungen der Hochschulen synchronisieren**

Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger nehmen kritisch dazu Stellung, dass die Defizite bereits vor der G8-Reform bestanden haben, aber offensichtlich nicht erfolgreich aufgearbeitet wurden. Man könnte es auch anders formulieren, so einer der Zufallsbürger: „**Die Erwartungen der Hochschulen sind nicht mit den Bildungsplänen abgestimmt – das gilt unabhängig von G8 oder G9**“. Das Bürgerforum sieht hierin das eigentliche Problem. Die Hochschulen haben in den meisten MINT-Fächern bereits reagiert und bieten zusätzliche Kurse an, um die Schülerinnen und Schüler an die Anforderungen des Studiums besser heranzuführen, so Herr Peschke von den HAW BW. Diese Kurse können



laut dem Experten aber in der kurzen Zeit, in der sie stattfinden, die vorhandenen Lücken nicht schließen. **Hier besteht also Handlungsbedarf, was das Erreichen und ggf. Überarbeiten der Bildungsziele und Bildungspläne angeht. Dies sollte im Dialog mit den Hochschulen angegangen werden.**

Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger sehen die Lücke zwischen den Bildungszielen und Bildungsplänen der Schulen bzw. den dort tatsächlich erlernten Fähigkeiten auf der einen Seite und den Anforderungen, die Studium und berufliche Ausbildung auf der anderen Seite an die Jugendlichen stellen, als kritisch. Sie erzeugen ein hohes **Frustrationspotenzial**. Die hohe Zahl an Ausbildungs- und Studienabbrechenden spiegelt die Herausforderung junger Menschen wider, mit den Anforderungen Schritt zu halten, so die Vermutung einiger Bürgerinnen und Bürger. Ein zweiter Grund könnte die tieferliegende Schwierigkeit sein, sich frühzeitig zu orientieren (siehe nachfolgender Abschnitt), so andere Stimmen in der Diskussion. Bei den Studienabbrüchen sind G8 und G9 Schülerinnen und Schüler nach Auskunft des Ministeriums und des Vertreters der Hochschule in ähnlicher Weise betroffen. Die Ursache für Studienabbrüche scheint also nicht in der Dauer des Gymnasiums zu liegen, sondern vielfältigere Gründe zu haben, denen nachgegangen werden müsste.

Auch in den **Lehramtsstudiengängen** sollten Studierende zielgerichteter unterstützt werden, um sie besser auf den Beruf als Lehrerin oder Lehrer vorzubereiten. Die Zugangsvoraussetzungen für Lehramtsstudierende für Mathematik an der Grundschule seien zu hoch, dafür dass in den Klassen 1–4 die Grundrechenarten gelehrt werden sollen und kein Integralrechnen, so eine Bürgerstimme.

■ **Erlernen von Selbstständigkeit und Zeit zur Reife**

Eine zentrale Anforderung an das Gymnasium ist aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger, die Vorbereitung der Jugendlichen auf die Herausforderungen nach dem Abitur. Hervorgehoben werden hier die tatsächliche Studierfähigkeit und die dafür notwendigen inhaltlichen Kompetenzen, die in der Schule erreicht werden sollten. Für die Bürgerinnen und Bürger ist entscheidend, wie die fachlichen **Leistungen wieder gesteigert** und zugleich die **Kompetenzen des selbständigen Lernens und der Eigenverantwortung gestärkt** werden können. Diese Aufgaben gelten unabhängig von der Frage nach G8 oder G9.



Die Qualität des Lernens leidet aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger allerdings unter dem großen Zeitdruck bei G8. So bliebe kaum Platz für Bildung jenseits der klassischen Fächer, so einige kritische Stimmen. Zu den Bildungszielen gehöre es aber auch, sich mit dem eigenen **Lernverhalten** und den **eigenen Stärken und Schwächen** auseinanderzusetzen. Die kognitive Reife der Schülerinnen und Schüler und damit die Kompetenz der **Selbstorganisation** und das Bewusstsein für die eigenen Stärken, ist für die Bürgergruppe ein wichtiger Aspekt. Auf dieser Grundlage können die Jugendlichen sich nach dem Abitur in der Regel einfacher für den weiteren Lebensweg entscheiden und diesen auch durchziehen.

Unabhängig von der Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums, sollte den Schülerinnen und Schülern in der Schule bereits **mehr Selbständigkeit und Mitbestimmung** ermöglicht werden, um den Übergang auf die Hochschulen und in den Beruf zu erleichtern. Als mögliche Maßnahme werden hier von den Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern mehr Wahlmöglichkeiten vorgeschlagen. Der Unterricht sollte so gestaltet werden, dass die Kinder und Jugendlichen mehr mitwirken können. Der Bezug zu aktuellen Themen sei wichtig ebenso wie praxisnahes Unterrichten – besonders in den Nebenfächern, um Neugierde und Interesse zu fördern.

Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger sollten die Jugendlichen in der Schule neben dem Erlernen von fachlichen Inhalten den **Raum haben, sich zu**

mündigen, selbstständigen Menschen zu entwickeln. Im Besonderen die Kompetenz der **Selbstorganisation** sollte in der Schule erlernt werden, um dann im Studium und der Ausbildung besser Fuß fassen zu können. Neben der Entwicklung dieser wichtigen Sozialkompetenzen kommt aus Sicht der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger dem Bildungssystem die Aufgabe zu, Zeit zum Erwachsenwerden zu geben.



Erwachsenwerden braucht Zeit. Die Verantwortung dafür liegt neben den Gymnasien auch bei den Familien.

■ **Berufliche Orientierung ermöglichen**

Die berufliche Orientierung ist eine wichtige Entscheidung im Leben von Schulabgängern. Hierfür fehlten oft die Zeit und die Unterstützung, Ideen für den weiteren Lebensweg zu finden, so das Bürgerforum. Deshalb könnte, nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger, das G9-Modell auch genutzt werden, um mehr Raum für **Praktika und Orientierung schon in der Schule** zu schaffen. Dabei soll auch ein Fokus auf die Entwicklung von **Durchhaltevermögen, Konflikt- und Anpassungsfähigkeit, Teamgeist** sowie **Selbstverantwortung** als **Bildungsziele** gelegt werden, da diese Fähigkeiten für den beruflichen Erfolg entscheidend sind. Die

Schule sollte zudem den **Kontakt zu Unternehmen fördern**, um den Schülerinnen und Schülern Einblicke in verschiedene Berufsfelder zu ermöglichen. Es sollte auch diskutiert werden, wie Jugendliche auf den späteren Druck in den Betrieben vorbereitet werden können. Die Abiturientinnen und Abiturienten seien häufig noch nicht fähig, ins Berufsleben einzusteigen. Sie sind auf die Anforderungen der Praxis unzureichend vorbereitet (siehe auch Kapitel zu Hobby, Freizeit und Vorbereitung auf Berufsausbildung und Studium).

■ **Blick auf internationale Vorbilder nutzen**

Aus Sicht des Bürgerforums ist es wichtig, den Blick auf **internationale Positivbeispiele** zu richten und sich **innovative Ansätze** anzueignen, um das Schulsystem zu verbessern. Hierbei müsste die Vergleichbarkeit geprüft werden, weil nicht alle internationalen Erfolge in Baden-Württemberg umgesetzt werden können.



“
Um dem Leistungsabfall in den MINT-Fächern gegenzusteuern und Interesse am Studieren dieser Fächer zu wecken, sollte es hier dringend mehr Zeit zur Vertiefung geben.

Ursprünglich hatte das Gymnasium die Aufgabe auf das Studium vorzubereiten. Heutzutage sollte es gleichermaßen auf den Studieneinstieg und die Berufsausbildung vorbereiten, so das Bürgerforum. Dies sei in den Bildungszielen besser zu verankern bzw. umzusetzen.

■ **Bildungsziele, Bildungspläne und Methoden überprüfen**

Es wird deutlich, dass nicht nur die Anzahl der Jahre bis zum Abitur, sondern auch die Art und Weise, wie Bildungsziele definiert, vermittelt und umgesetzt werden, eine eingehende Überprüfung von Inhalten und Methoden erfordern. Die Zufallsbürgerinnen und -bürger sehen deshalb nicht in der reinen Umstellung von G8 auf G9 die Lösung. „**Es braucht eine Schulreform**“, so eine der klar getroffenen Aussagen. Die Bildungsziele und Bildungspläne (früher Lehrpläne) müssen inhaltlich und pädagogisch angepasst und das zusätzliche Jahr sollte für das „Lernen fürs Leben“ genutzt werden. Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger haben den Eindruck, dass in der Fläche noch zu häufig nach „veralteten Lehrplänen“ mit „zuviel Stoff“ und mit wenig partizipativen Methoden oder modernen Techniken der Wissensvermittlung gearbeitet wird.

Der Fokus sollte nicht nur darauf liegen zu schauen, wo die besten Schulabschlüsse erreicht werden, sondern auch in welchen Bildungssystemen die optimale Basis für die Studierfähigkeit gelegt wird. Ebenso wichtig sei es, wie und wo erfolgreiche Studienabschlüsse und der Einstieg in die Wirtschaft am besten gelingen.

Ein interessantes Beispiel ist aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger neben den klassischerweise genannten skandinavischen Ländern das **Bildungssystem der Schweiz**, das eine Kombination aus Ausbildung und Abitur darstellt, die sowohl theoretisches als auch praktisches Wissen vermittelt.

Fazit zur Umsetzung von Bildungszielen und Anforderungen

Die Überarbeitung von Bildungszielen, Bildungsplänen und Methoden sind nach Ansicht des Bürgerforums der erste Schritt zu einem neuen G9, das ganzheitliche Reformen auch wirklich umsetzt.

Mit Blick auf die Debatte der Umstellung zu G9 auch in anderen Bundesländern weisen die Bürgerinnen und Bürger darauf hin, dass eine Harmonisierung der Bildungsziele und Anforderungen auf Bundesebene dringend erforderlich sei.



Eine klare Mehrheit findet es wichtig, dass die Kultusministerkonferenz eine Harmonisierung zwischen den Bundesländern im Sinne der **Freizügigkeit im Bundesgebiet** herbeiführt. Hier gibt es nur eine Gegenstimme und acht Enthaltungen.



32 möchten vermeiden, dass Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg bei einer zunehmenden **Vereinheitlichung der Abiturprüfungen** benachteiligt werden, weil sie durch G8 ein Jahr weniger zum Lernen und Vertiefen haben. Fünf widersprechen hier. Mit 18 Stimmen ist der Anteil der Enthaltungen vergleichsweise hoch.

Die Überarbeitung der Bildungsziele für das neue G9 ist für die Bürgerinnen und Bürger auch mit Blick auf die unterschiedlichen Schularten eine zentrale Aufgabe:



33 finden, dass G9 mehr **Durchlässigkeit zwischen den Schularten** und mehr **Bildungsgerechtigkeit** ermöglichen, weil mehr Zeit für Sprache und Integration bleibt. 4 Personen stimmen dagegen, 18 enthalten sich.

Die zentrale Empfehlung im Abschnitt zu Bildungszielen und Anforderungen wird ohne Gegenstimmen verabschiedet:

Sehr klar spricht sich das Bürgerforum für eine **Prüfung der Umsetzung der Bildungsziele und die Anwendung moderner pädagogischer**

schere Konzepte in der Praxis der allgemein bildenden Gymnasien aus. Die Bürgerinnen und Bürger nehmen wahr, dass häufig nach überfrachteten, alten Lehrplänen unterrichtet wird. 51 Teilnehmende schließen sich hier an, vier enthalten sich, es gibt keine Gegenstimmen.



Das Bürgerforum diskutiert konkrete Hebelpunkte, wie die Bildungsziele und Bildungsgerechtigkeit besser umgesetzt werden könnten:

38 Teilnehmende halten eine gut strukturierte, **wählbare Ganztagschule** mit Angeboten aus Vereinen, Kooperationspartnern der Praxis, Zeit für zusätzliches Lernen oder Vertiefung von Interessen für zentral, um eine Gleichstellung in Familien sowie mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Neun Widersprechen hier, acht enthalten sich.



Noch etwas mehr sehen es als wichtig an, dass **strukturierte Angebote im geschützten Rahmen der Schule** erfolgen, um sich sportlich, musisch oder künstlerisch auszuprobieren, reale soziale Kontakte zu pflegen, sich für Vereine oder Gruppen zu engagieren, Praktisches zu erlernen, sich zu orientieren und sich selbst kennenzulernen. G9 würde hierfür mehr Zeit an den Nachmittagen bieten, weil weniger Unterrichtsstunden zu erfüllen sind. 45 sprechen sich für einen solchen Vorschlag aus, drei stimmen dagegen, sieben enthalten sich.



Eine klare Mehrheit denkt, dass junge Menschen in der Pubertät **mehr Zeit** brauchen, um sich zu entwickeln, um Verantwortung zu lernen und Orientierung zu finden. G9 ermöglicht einen längeren Reifeprozess. 46 stimmen hier zu, nur zwei widersprechen hier, sieben Personen enthalten sich der Stimme.



Empfehlungen zu Inhalten und Kompetenzen

Leistungen in Kernkompetenzen wieder stärken

Ausgangspunkt für die Diskussionen im Bürgerforum zu Inhalten und Kompetenzen ist der Hinweis von Prof. Dr. Ulrich Trautwein, dass die **Leistungen von Schülerinnen und Schülern bereits in der vier-**

ten Jahrgangsstufe bei Mathematik, Lesen und Zuhören kontinuierlich sinken. Dies treffe sowohl für leistungsstarke als auch leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler zu. Verbesserungen in der Grundschule wären potenziell ein besonders wirksamer Schlüssel für die Stärkung der Bildungsgerechtigkeit, so Prof. Trautwein.

Mittelwerte der erreichten Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der 4. Jahrgangsstufe im Bildungstrend

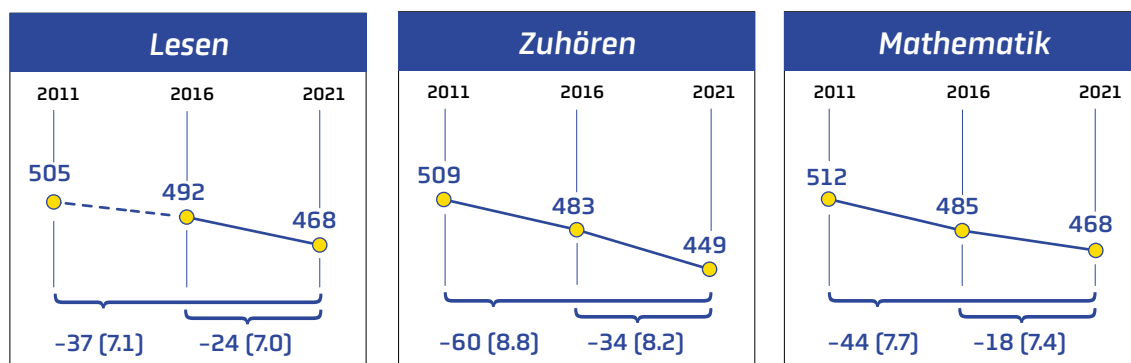


Abbildung 7: Mittelwerte der erreichten Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der 4. Jahrgangsstufe im Bildungstrend (nach Stanat, P., Schipolowski, S., Schneider, R., Sachse, K., Weirich, S., & Henschel, S. [2022]: IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Waxmann, Münster & New York.

Er betont, dass für die Bildungsforschung diese Ergebnisse besorgniserregend seien. Für ihn habe diese frühe Phase des Kompetenzerwerbs Priorität, da hier die Grundlagen für den weiteren Schulerfolg gelegt werden. Diese Beobachtung teilen auch die Expertinnen und Experten zum Thema Bildungsgerechtigkeit. **Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger sehen hier einen akuten Handlungsbedarf, durch eine Frühförderung ab dem Vorschulalter für Ausgleich zu sorgen unabhängig von G8 oder G9. Die Sprachförderung müsse sich aber konsequent durch alle Jahrgangsstufen als Unterstützungsangebot ziehen.**

■ Zeit zum Lernen, Üben und Vertiefen in der Schule

Viele Eltern berichten in der Anhörung, dass in G8 **Zeit zum Lernen, Üben und zum Vertiefen des Lehrstoffs** häufig fehle, sodass die **Notwendigkeit von Nachhilfe** insbesondere in Mathematik gestiegen sei. Das **wachsende Angebot von Online-Nachhilfeangeboten** mache dies sichtbar. Die Bürgerinnen und Bürger finden, dass dies **nachteilige Auswirkungen auf die Bildungsgerechtigkeit** habe: Nicht alle Familien können sich Nachhilfe leisten oder die Kinder und Jugendlichen selbst unterstützen. Außerdem merken sie an, dass durch Nachhilfe am Nachmittag die freie Zeit für Ausgleich noch weiter sinke. Durch mehr Zeit für Lernen, Üben und Ver-

tiefen an der Schule wäre der Bedarf für Nachhilfe geringer. Inhalte von Bildungszielen würden erreicht und ein weiteres Erlernen und Sichern von Kompetenzen ermöglicht.

Das zusätzliche Jahr bei G9 wird als Chance gesehen, Inhalte zu vertiefen und im Langzeitgedächtnis zu verankern. Dem Lernverhalten von kurzfristigem Auswendiglernen und wieder Vergessen sollte aktiv begegnet werden. In Betrachtung von Inhalten und Kompetenzen hätte eine Rückkehr zu G9 keine Nachteile: G9 könnte grundsätzlich mehr Zeit für Lernen, Üben, Vertiefen und individuelle Entwicklung bieten.

■ **Reife für Lerninhalte berücksichtigen**

Ein weiteres Argument, das für G9 sprechen würde und von der Vertreterin der Bürgerinitiative Frau Plesch-Krubner angeführt wurde, ist die geistige Reife der Schülerinnen und Schüler für viele Inhalte. Es wäre wichtig, so das Bürgerforum, die Lerninhalte altersgerecht anzubieten. Die angehörten Lehrkräfte, Eltern und einige der Bildungsexpertinnen und Experten stärken den Hinweis, dass abstrakte Inhalte in der Mathematik, Textverständnis und Interpretationsfähigkeit in Deutsch oder die Themenauswahl in Gemeinschaftskunde nicht beliebig an den Anfang der Mittelstufe geschoben werden können. Dies spreche ebenfalls eher für eine **ganzheitliche Reform von Bildungsinhalten und Bildungsplänen** und nicht nur für eine einfache Rückkehr zu G9 ohne Änderung von Lehrinhalten und Abfolgen, so einige Stimmen im Bürgerforum.

■ **Vielfältige pädagogische Konzepte nutzen**

Insgesamt stellen die Bürgerinnen und Bürger fest, dass **Kompetenzen des selbständigen Lernens** durchgängig gestärkt werden müssten (siehe oben). Dies sei aber auch keine alleinige Herausforderung für G8, sondern betreffe alle Schularten gleichermaßen. Viele der Schülerinnen und Schüler würden sich in einer eher **passiven Lernrolle** befinden und nicht im **aktiven, selbst motivierten Wissenserwerb**. Da es keine Pflicht gebe, in den Nebenfächern Klassenarbeiten zu schreiben, um Leistungsfeststellungen zu erhalten, sollte gerade hier ein Umdenken hin zu **mehr Projekt- und Gruppenarbeiten** angestrebt werden, die alle Charaktere mit einbezieht.

Dadurch könne zum einen der Druck von schriftlichen Prüfungen und dem dafür erforderlichen Auswendiglernen reduziert werden, und zum anderen könne die eigenständige Erarbeitung von Themen durch **Referate, Projekte, Hausarbeiten oder Wettbewerbe** gestärkt werden. Spannend wäre, diese auch während der Unterrichtszeiten erarbeiten zu lassen, damit die realen Leistungen auch unabhängig vom Elternhaus eingeschätzt werden können, so ein Vorschlag.

Die **pädagogischen Methoden** müssen dabei nach Ansicht des Bürgerforums modernisiert werden. Sehr positiv bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Best-Practice-Beispiele in den Anhörungen. Holger Nagel, Schulleiter des preisgekrönten Hellenstein-Gymnasiums (G8), berichtet im Bürgerforum, wie Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums mit dem Fokus auf zukunftsfähige Bildung in einem Projekt mit dem Kultusministerium arbeiteten. Hier wurde zu Fragen diskutiert, wie das Gymnasium Themen wie Selbstwirksamkeit, Partizipation, Mitgestaltung und letztendlich einen guten Übergang in die Hochschulen und die Gesellschaft fördern kann. Projekte dieser Art seien für eine Modernisierung des Schulsystems wichtig und empfehlenswert, so die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger.

Das Bürgerforum empfiehlt **neue kreative Unterrichtsformen**. Hierzu zählen neben mehr Projekt- und Gruppenarbeiten auch die Nutzung **digitaler Lernformen** (siehe nachfolgender Abschnitt) wie z.B. **Video-Tutorials** für Grundbausteine der Mathematik, **Online-Diskussionsforen** sowie mehr Beteiligung an **Wettbewerben (Kunst, Musik, Literatur, Naturwissenschaft, Ökologie, Ernährung etc.)**, die als Lernleistung angerechnet werden sollten.

Besonders gut gefällt den Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern die Idee der „**Schülerschule**“, in der ältere Schülerinnen und Schüler jüngere bei AGs, in der Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe, Interessengruppen und Projektarbeiten unterstützen. Hierfür wäre im neuen G9 Zeit in den Nachmittagsstunden. Schülerschule stärkt die sozialen Kompetenzen, ermöglicht langsamere und schnellere individuelle Lernzeiten und hilft, ein soziales Netzwerk zu stärken. Auch die „lehrenden“ Schüler würden davon profitieren.

■ Herausforderungen durch die digitale Transformation aufgreifen

Die **digitale Transformation** ändert unsere Gesellschaft und stellt dabei neue Anforderungen an die Schule. Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche werden mit **neuen Medien und vielen neuen Informationen** konfrontiert. In der digitalen Welt werden neue Kompetenzen und der Umgang mit verschiedenen Informationsquellen gefordert.

Lehrkräfte sind hiervon besonders betroffen. Auch wenn heute viele Schulen Medienkompetenz im Unterricht behandeln, sehen die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger in der Realität große **Defizite bei den digitalen Fähigkeiten**. Das Bürgerforum diskutiert hierzu eine weitere Digitalisierung von Lerninhalten und eine Kombination mit modernen Arbeitsweisen wie z.B. Video-Tutorials, die ihrer Einschätzung nach bisher zu wenig genutzt werden. Digitalisierung sollte nicht der zusätzlichen Belastung, sondern der Entlastung der Lehrkräfte dienen.

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen, in den Bildungsplänen den **Umgang mit neuen digitalen Inhalten und Medien stärker zu verankern**. Dies gelte sowohl für das neu zu gestaltende G9 als auch für das bestehende G8. In diesem Zusammenhang wird auch die Vertiefung des **Informatikunterrichts** empfohlen.

Mit dem Voranschreiten der Digitalisierung ist **fachlich ausgebildetes technisches Personal** aufzubauen, so eine weitere Empfehlung.

■ Inhalte überprüfen und modular Aufstocken

Bei der Reform der Bildungspläne müsse geprüft werden, in welchem Umfang diese neuen Inhalte aufgenommen werden. In diesem Zuge sollte überprüft werden, welche **Inhalte der Kernfächer, die im Zuge der G8-Reform gekürzt wurden**, wieder eingebaut werden oder ersetzt werden könnten.

Des Weiteren sollte die **politische Bildung** einen höheren Stellenwert erhalten, um gesellschaftlichen Polarisierungen entgegenzuwirken. Ein neuer inhaltlicher Bereich sollte **der Wissenserwerb im Finanzwesen** sein.

Das Bürgerforum empfiehlt daher, die Möglichkeit zu prüfen, **G9 modular aufzustocken**: In Zusammenarbeit mehrerer Gymnasien, aber auch Real- und Gemeinschaftsschulen sowie Vereinen und Betrieben könnten zusätzliche freiwillige – **analoge und digitale** – Lernmodule angeboten werden. Dies greife Empfehlungen aus der Anhörung der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft auf, **Schule als Netzwerk mit Partnerorganisationen** weiterzuentwickeln. So können **freiwillige Ganztagesangebote** gestärkt werden – **ohne, dass das neue G9 zu gleichen Belastungen führt wie aktuell G8**.



„Die digitale Transformation fordert Schülerinnen und Schüler sowie Lehrende gleichermaßen heraus. Lehrkräfte sollten beim Lehren digitaler Kompetenzen geschult werden und Schülerinnen und Schüler müssen lernen, verantwortungsvoll damit umzugehen. Beide Seiten müssen in manchen Hinsichten ihre Komfortzone verlassen.“

■ Schulartenübergreifende Bildungsreform notwendig

Auch mit Blick auf die Inhalte und Kompetenzen greifen die Bürgerinnen und Bürger das Thema der ganzheitlichen Bildungsreform auf. Für eine **höhere Durchlässigkeit des Schulsystems** mit Wechsel- und Aufstiegsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schularten und G8/G9 begrüßen sie die Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der Bildungspläne. Sie sehen aber Defizite bei der Umsetzung in den Schulen. In den aktuellen Bildungsplänen seien Schlüsselkompetenzen und -inhalte definiert, die in den unterschiedlichen Schularten auf verschiedenen **„Vertiefungsniveaus“** umgesetzt werden sollen. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger seien Veränderungen aber noch nicht in der Praxis angekommen. Schulwechsel werden aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger nach wie vor als problematisch wahrgenommen.

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich deshalb eine stärkere **bundesweite Vereinheitlichung** der Inhalte von Bildungsplänen.

Fazit zu Inhalten und Kompetenzen im Schulalltag

In allen thematischen Arbeitsgruppen wird die Herausforderung der sinkenden Kompetenzen in der Breite der Schülerschaft behandelt. Die nachfolgenden Empfehlungen sehen deshalb viele der Teilnehmenden als übergreifende Empfehlungen, auch wenn sie aus der Diskussion um die Inhalte und Kompetenzen stammen.



41 rücken die **Förderung in KiTas und Grundschulen** vor allem mit Blick auf den Spracherwerb und das Erreichen von Basiskompetenzen in Lesen, Schreiben, Hörverstehen und Rechnen in den Vordergrund, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Vier Teilnehmende sehen das anders, zehn enthalten sich.



27 können sich ein **längeres, gemeinsames Lernen** z.B. bis Klasse 6 als gutes Instrument vorstellen, um eine passendere Wahl der weiterführenden Schule zu ermöglichen. Hierzu gehört mehr Zeit für den Spracherwerb und die Niveaudifferenzierung. 17 können sich das nicht vorstellen, elf enthalten sich.



„Lehrer sind die Retter des Bildungssystems“



Alle 55 Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger halten es pädagogisch für wichtig, dass **mehr Zeit zum Lernen, Üben und Vertiefen des Unterrichtsstoffs** zur Verfügung steht.



Ebenfalls sehr klar fordert das Bürgerforum die **Entwicklung von neuen kreativen Unterrichtsformaten**, die **partizipativer** sind und Schülerinnen und Schüler auf Augenhöhe einbinden, **Verantwortung fördern** und dabei helfen, **Sozialkompetenzen** zu entwickeln. 51 folgen dieser Empfehlung, drei sehen dies nicht so, eine Person enthält sich der Stimme.

Das Bürgerforum sieht nach wie vor ein **Defizit in der Digitalisierung** der Schulen, in der Vermittlung von digitalen Kompetenzen, Anwendung von digitalen Methoden (z.B. Video-Tutorials). Hier müsste die **Fortbildung der Lehrkräfte** vorangetrieben, zusätzliches technisches Personal bereitgestellt und Unterricht auf Augenhöhe umgesetzt werden. 50 Personen stimmen hier zu, eine Person nicht, vier enthalten sich.



44 empfehlen eine **Prüfung der Bildungspläne und deren Umsetzung in den MINT-Fächern**, damit die Studierfähigkeit verbessert wird. Offensichtlich sind Schülerinnen und Schüler nicht ausreichend vorbereitet. Zwei stimmen dagegen, neun enthalten sich.



43 finden es wichtig, dass mehr Unterrichtszeit für **aktuelle gesellschaftliche Themen** genutzt wird. Vier halten das für weniger wichtig, acht enthalten sich.



22 Teilnehmende bewerten das bisherige **Gap-Jahr positiv**, das nach dem G8-Abitur zum Spracherwerb und für Auslandserfahrungen oder ein Freiwilliges Soziales Jahr genutzt wurde. 14 sehen dies nicht so, 19 sind unentschieden.



38 empfehlen, dass ein neues **G9 Angebote zur Förderung ähnlicher Kompetenzen** in den Klassen 10 und 11 auch für einkommensschwache Familien ermöglicht. Fünf Personen widersprechen hier, 12 enthalten sich der Stimme.



„In der Schule braucht es mehr Zeit, um auf Krisen einzugehen“

Empfehlungen zur Verringerung von Belastungen

Für das Bürgerforum sind die Belastungen, denen die jungen Menschen heute ausgesetzt sind, sowie das Thema der Bildungsgerechtigkeit zentrale Kernanliegen. Die Gruppe hat sich auf eine gemeinsame, intensive Spurensuche zu den Ursachen begeben und in nahezu allen Anhörungen von Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, aus Verbänden und der Bürgerinitiative sowie in den Anhörungen der direkt betroffenen Lehrerschaft, der Eltern und der Schülerinnen und Schülern vertieft zu den Belastungen nachgefragt, Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge gesammelt.

Lernstress entzerren

Die Bürgerinitiative „G9 jetzt! BW“, die Anhörung der Lehrerschaft sowie die der Eltern verdichteten den folgenden Eindruck: An G8-Schulen kommen in der Mittel- und Oberstufe häufig **sehr lange Unterrichtszeiten** vor (bis zur 10. Stunde). Es entsteht eine **Ballung der Klassenarbeiten**. Mit Vokabeln lernen, der Vorbereitung von Referaten und dem Lernen auf Klassenarbeiten bliebe wenig vom Wochenende und wenig Freizeit.

Auf der anderen Seite schilderte Herr Nagel, der Schulleiter des Hellenstein-Gymnasiums, dass es sehr wohl möglich sei, die Schulstunden nicht bis in den späten Nachmittag zu verteilen. Lernstress werde an seiner Schule reduziert, indem in den Nebenfächern Noten der Klassenarbeiten durch Referate, Projekte und Gruppenarbeiten ersetzt werden (siehe Empfehlungen im vorigen Abschnitt). Das Hellenstein-Gymnasium hat gemütliche Gruppenräume und Lerninseln von der Schülerschaft gestalten lassen. Viele der Bürgerinnen und Bürger loben die Ansätze dieser „Vorzeigeschule“, in der G8 offenkundig gut funktioniert. Sie stellen aber fest, dass nur die wenigsten Schulen in ihrem Erfahrungsumfeld solche Maßnahmen umgesetzt haben. Sie fragen sich, wie diese Anregungen weiter in die Fläche getragen werden können, da die Umsetzung stark vom Personal vor Ort abhinge. **Von Seiten des Kultusministeriums müssten die Schulen hier mehr unterstützt werden (Leitfaden)**, denn man habe ja nicht immer das Glück, neben einer Modellschule zu wohnen.

Das Bürgerforum stellt hier aber auch fest, dass **eine einfache kausale Zuordnung hin zu G8 nicht ausreichend ist**, um den Ursachen für den Lernstress auf den Grund zu gehen.

Alle betroffenen Schülerinnen und Schüler berichten in der Anhörung von Lernstress und Belastungen in der Oberstufe, unabhängig davon, ob sie aus einer G8-Schule, G9-Modellschule oder Gemeinschaftsschule kommen und haben konkrete Vorschläge zur Verbesserung gemacht. Diese decken sich mit den Anregungen des Hellenstein-Gymnasiums. **Das Bürgerforum folgt den Empfehlungen, Klassenarbeiten in den Nebenfächern durch Referate, Projektarbeiten, Gruppenarbeiten, Wettbewerbe etc. zeitlich zu entzerren. Hierbei sollte auch auf introvertierte Schülerinnen und Schüler geachtet werden.**

Dies seien die „low hanging fruits“ also die „niedrig hängenden Früchte“, die jede Schule sofort umsetzen könne, so der Eindruck eines Bürgers. Ebenfalls zur Nachahmung empfohlen werden **interaktive Lern- und Lounge-Bereiche mit alten Sofas, Sesseln oder Stühlen und die gemeinsame Umgestaltung von Klassenzimmer oder Flurbereich in motivierende Lernbereiche**. Auch hierfür seien keine großen Budgets erforderlich, sie stärken Verantwortungsbewusstsein, Selbstorganisation und bewirken nebenbei mehr Wertschätzung für den Raum Schule und das Mobiliar.

Hängt die Belastung am Ende an der Schule oder an den Lehrenden?

Spannend war, dass im Bürgerforum Eltern und Lehrkräfte einheitlich von hohen Belastungen durch G8 berichtet haben – dies war eines der Hauptargumente gegen G8. Schülerinnen und Schüler waren dagegen differenzierter. Das Bürgerforum merkt an, dass die teilnehmenden Schülersprecherinnen und Schülersprecher nicht repräsentativ sind, sondern eher als engagierte Persönlichkeiten einzuschätzen sind. Ihre differenzierte Sichtweise war dennoch sehr wichtig und prägend für das Bürgerforum. **„Die Zielgruppe darf nicht vergessen werden“**, so eine der zentralen Aussa-

gen. Bei der Selbsteinschätzung der Belastungen geben die Schülerinnen und Schüler ihren persönlichen Belastungswert bei 2–3 (auf einer Skala zwischen 1 und 4) an – unabhängig davon, ob sie aus einer G8-Schule, G9-Modellschule oder Gemeinschaftsschule kommen. Alle Befragten sind oder waren in der Oberstufe. Sie berichten, dass die Stressbelastung stark vom jeweils Lehrenden abhinge und ob moderne, partizipative Unterrichtsformen eingesetzt werden. Auch der Realschüler berichtet von Belastungen in den Abschlussklassen. Liegt also die empfundene Stressbelastung maßgeblich an den Lehrenden?

Auch Prof. Dr. Trautwein weist auf die großen Handlungsspielräume auf der schulischen Ebene hin: Wissenschaftlich könne belegt werden, dass **ein persönliches, förderndes Verhalten der Lehrkräfte ein wesentlicher Faktor für Motivation und Wohlbefinden** in der Schule ist. Dadurch könne auch das Belastungserleben reduziert werden, so die Studienergebnisse. In der Diskussion zu diesem Thema bleiben viele der Bürgerinnen und Bürger skeptisch. **Eine einfache „Schuldzuweisung“ an die Lehrenden wird abgelehnt, sehr wohl aber anerkannt, dass gute Pädagogen hier einen wertvollen Beitrag zum Wohl der Schülerinnen und Schüler leisten können.**

■ Mädchen höher belastet als Jungen

Prof. Dr. Trautwein stellt in seiner Studie die Belastungssituationen von G8 und G9 gegenüber. Die Daten zeigen, dass G8 leicht höhere Belastungen erzeugt. Bei der Selbsteinschätzung der Belastungen bleiben

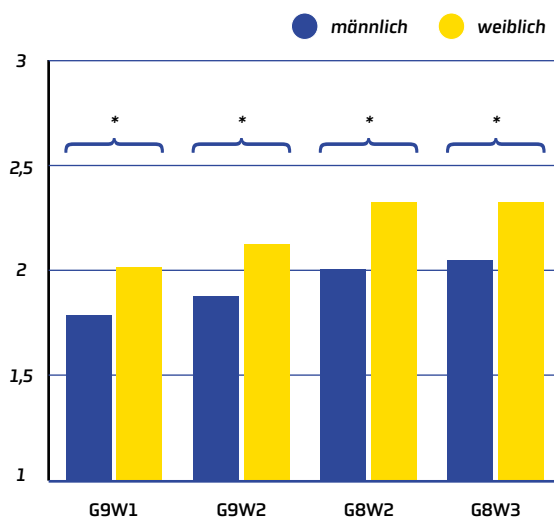
die Schülerinnen und Schüler aber auch im G8-Zug bei einem Mittelwert von 2,05 bei den Jungen und 2,33 bei den Mädchen auf einer Skala von 1–4. Ein auffälliger Unterschied bestehe zwischen Mädchen und Jungen, berichtet der Experte. Die Mädchen fühlen sich unabhängig von G8 oder G9 deutlich höher belastet als Jungen im gleichen Alter. Ein Bürger merkte hierzu an, dass es Jungen schwerer fallen könnte, sich selbst als belastet oder psychisch belastet einzustufen. Von einer generell höheren Belastung der Mädchen zu sprechen, halte er für eine nicht belastbare Aussage. Wie einer der nachfolgenden Abschnitte zeigt, könnten Mädchen aber ggf. durch Social-Media-Einflüsse stärker belastet sein, was die Differenz erklären könnte. **Das Thema der Geschlechterunterschiede hat das Bürgerforum mehrfach beschäftigt. Hier wird Forschungsbedarf auch in Bezug auf den Social-Media-Konsum gesehen.**

■ Gesundheitliche Belastung und deren Ursachen

Das Thema der gesundheitlichen Belastungen der jungen Menschen bewegt das Bürgerforum stark. Die Ausführungen hierzu werden zum Teil sehr emotional vorgetragen. Die Bürgerinitiative berichtet, dass viele G8-Eltern insbesondere nach der Corona-Pandemie über starke Stress- oder Ausgebranntheitssymptome und Depressionen bei ihren Kindern klagen.

Teils drastisch sind die Äußerungen von Hans-Joachim Kraus, dem ehemaligen Schulleiter des Faust-Gymnasiums in Staufen. Er berichtet von massiven

Geschlechterunterschiede im Beanspruchungserleben



G9W1: Schülerinnen und Schüler aus G9-Jahrgängen der ersten Erhebungswelle (letzter reiner G9-Jahrgang)

G9W2: Schülerinnen und Schüler aus G9-Jahrgängen der zweiten Erhebungswelle (G8-G9-Doppeljahrgang)

G8W2: Schülerinnen und Schüler aus G8-Jahrgängen der zweiten Erhebungswelle (G8-G9-Doppeljahrgang)

G8W3: Schülerinnen und Schüler aus G8-Jahrgängen der dritten Erhebungswelle (erster reiner G8-Jahrgang)

Abbildung 8: Geschlechterunterschiede im Beanspruchungserleben (nach Hübner, N., Wagner, W., Kramer, J., Nagengast, B. & Trautwein, U. [2017]: Die G8-Reform in Baden-Württemberg: Kompetenzen, Wohlbefinden und Freizeitverhalten vor und nach der Reform. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft [20], 748–771).

Theorie der kumulativen Ungleichheit

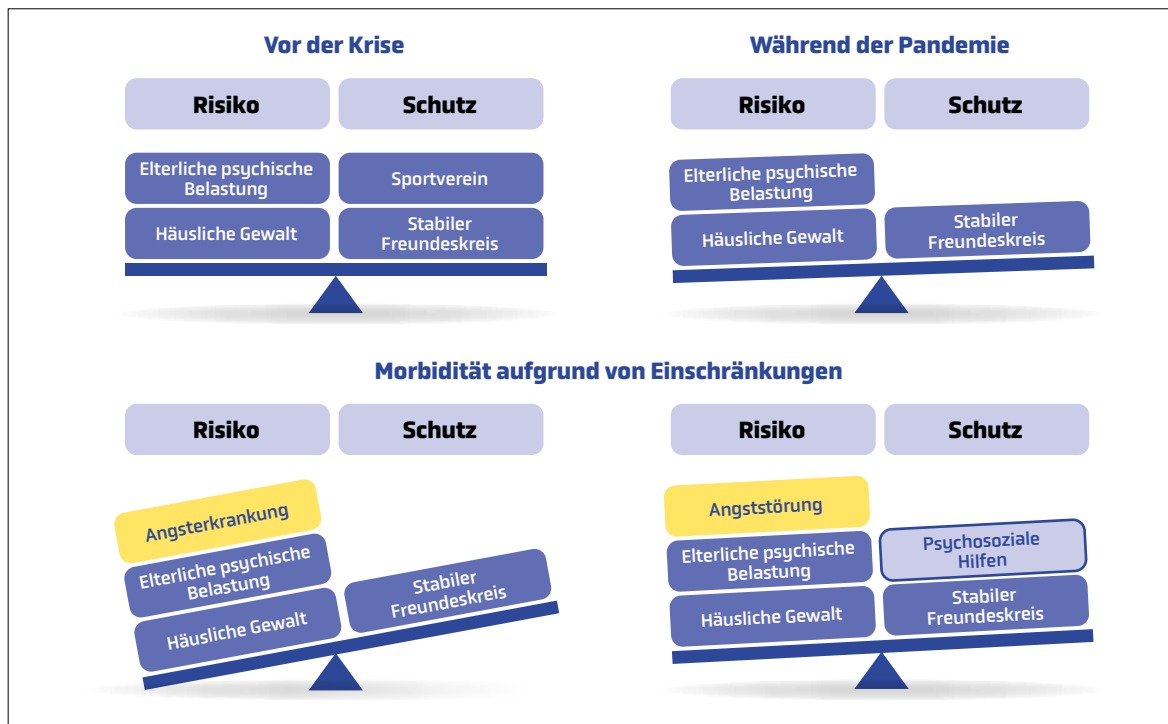


Abbildung 9: Theorie der kumulativen Ungleichheit (Nach Fegert, J. (2023): Präsentation im Bürgerforum G8/ G9 am 09.11.2023).

psychischen Erkrankungen junger Menschen nach der Einführung von G8 an seiner Schule und einem erhöhten Bedarf an Schulsozialarbeit.

Das Bürgerforum hat wissenschaftliche Expertinnen und Experten der Kinder- und Jugendpsychiatrie befragt. **Die Ergebnisse erzeugen bei allen ein massives Unbehagen. Sie zeigen, dass eine Umstellung auf G9 nicht als Lösung ausreicht.**

■ Die Folgen der Pandemie aufarbeiten

Prof. Dr. med. Jörg M. Fegert, Ärztlicher Direktor der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Universitätsklinikum Ulm, macht in seinem Vortrag deutlich, dass es in der Regel ein Bündel von Belastungen ist, das zu klinischen Krankheitsbildern führt. Mit der Grafik der Wippe (siehe oben) macht er deutlich, dass Corona das manchmal fragile Gleichgewicht der Jugendlichen durcheinandergebracht hat. Die bisherigen Schutzmechanismen wie z.B. der Ausgleich durch Sportvereine, einen stabilen Freundeskreis oder psychosoziale Hilfen waren über sehr lange Zeit eingeschränkt.

Prof. Dr. med. Fegert empfiehlt, die Folgen von Corona für die Jugendlichen sehr viel genauer aufzuarbeiten

und die psychosozialen Unterstützungsangebote deutlich zu stärken. Die bisherigen Ressourcen reichen nach Ansicht aller befragten Expertinnen und Experten ebenso wie aus Sicht der Lehrenden und der Eltern nicht aus. **Das Bürgerforum spricht sich für eine Ausweitung dieser Unterstützungsangebote aus.**

■ Folgen von Social Media ernst nehmen

Große Betroffenheit und entsprechende hitzige Diskussionen zum Handlungsbedarf haben die Ergebnisse der Kinder- und Jugendpsychiatrie zum **Zusammenhang zwischen Social-Media-Konsum und psychischen Belastungen** bis hin zu klinisch relevanten Erkrankungen ausgelöst:

Laut Herrn Prof. Dr. med. Fegert steigt die Wahrscheinlichkeit von auftretenden **Depressionen** und **Angstzuständen** sowie von **Schlafstörungen** massiv mit zunehmendem Social-Media-Konsum (Screen Time). Da der Medienkonsum im Zuge der Pandemie dramatisch gestiegen sei, seien die Folgen inzwischen bis hin zum verstärkten Auftreten von klinischen Fällen sichtbar. Aber auch in den mildereren Fällen muss mit **Konzentrationsstörungen** und **negativen Wechselwirkungen** gerechnet werden. **Das**

Psychische Symptome und Screenshotzeit

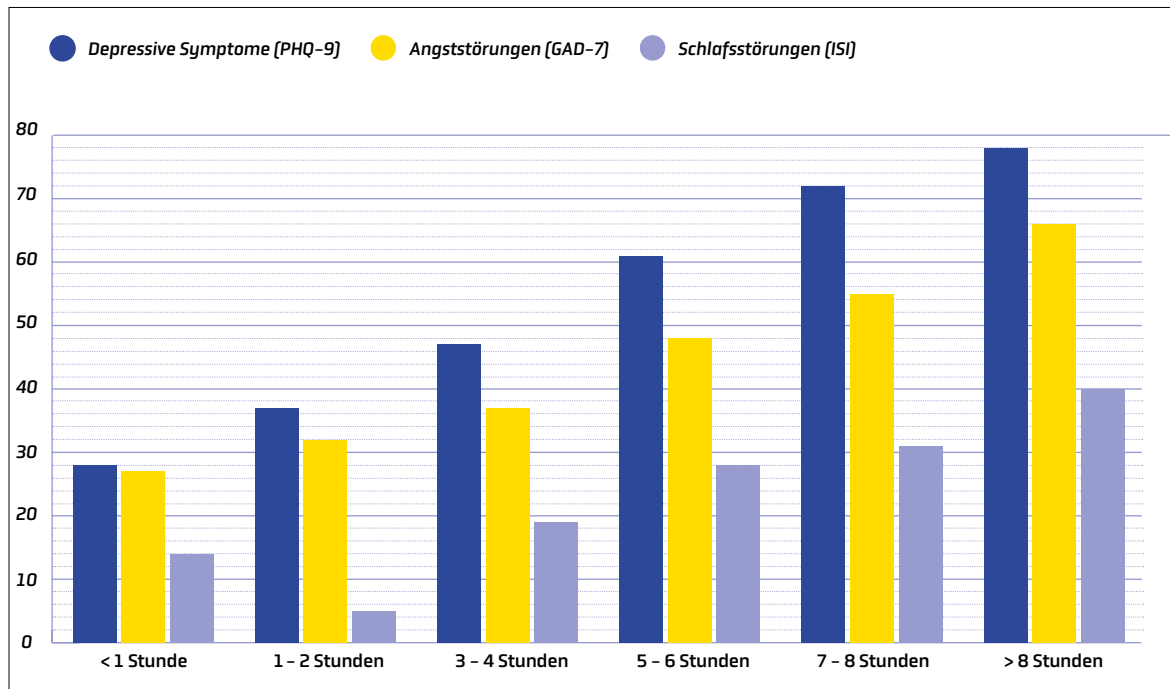


Abbildung 10: Korrelation zwischen psychischen Belastungen und Smartphone-Nutzung (Nach Humer, E., Probst, T., Wagner-Skacel, J. & Pieh, C. [2022]: Association of Health Behaviors with Mental Health Problems in more than 7000 Adolescents during COVID-19. International Journal of Environmental Research and Public Health 2022, 19. 9072).

Bürgerforum befürchtet hier eine hohe Dunkelziffer. Es wird angenommen, dass ein Großteil der heute beobachteten Belastungsreaktionen junger Menschen auf den wachsenden Social-Media-Konsum und weniger auf die Dauer der Schulzeit zurückzuführen ist.

Die Bürgerinnen und Bürger bestätigen, dass **sozialer Druck und Mutproben** über soziale Medien stattfinden. Auch **Mobbing** sei ein großes Problem. Dass Mädchen hier mehr betroffen sein könnten, wird angenommen. Es wird außerdem diskutiert, dass der zunehmende Social-Media-Konsum zu einer **Verinsamung** führe, weil reale Treffen seltener stattfinden. Dies stärke Depressionen und Ängste und verringere das Sicherheitsgefühl (siehe Wippe oben) im Freundeskreis, der ein wichtiger Ausgleich zur Familie ist.

Die Auswirkungen der Nutzung sozialer Medien haben das Bürgerforum schockiert. Das Bürgerforum appelliert hier aber vor allem an die Politik, dieses Thema vertieft aufzugreifen. Sie sehen hier einen **gravierenden Handlungsbedarf** in der Bewusstseinsbildung von Politik, Eltern, Kindern, Jugendlichen und Lehrenden. Über **Kampagnen sollten Eltern, Lehrkräfte und junge Menschen gleicher-**

maßen sensibilisiert werden. Die Ergebnisse der Wissenschaft sind hier eindeutig und verlangen nach **Maßnahmen**. Die Bürgerinnen und Bürger stellen außerdem einen weiteren **Forschungsbedarf fest**. Aus ihrer Sicht wären Vertiefungsfragen zum Social-Media-Konsum zu beantworten: **Welche Inhalte der Digitalisierung wirken sich wie auf die Kinder aus? Was genau bedeutet Screen Time? Wie beeinflusst die Digitalisierung die Lese- und Schreibkompetenz?**

Das Bürgerforum stellt fest, dass durch Soziale Medien soziale Kompetenzen zum Teil verlernt worden sind – dies sei nicht das Problem von G8/G9. „Der Vortrag hat mir die Augen geöffnet,“ so einer der Bürger. „Social Media und der damit verbundene Dopamin-Kick senken Konzentration und Aufmerksamkeitsspanne“, so eine weitere Stimme. Eine Alternative zum Handy wäre wichtig. Schule könnte derweilen als **Social-Media-freie Zeit** aktiv für reale soziale Kontakte, Praxisbezug, Sport und soziales Engagement in Gruppen genutzt werden. Auch einige junge Teilnehmende des Bürgerforums sprechen sich für **handyfreie Schulzeit** aus.

Dies setze eine **wählbare, strukturierte Nachmittagsbetreuung** z.B. in einer Ganztagschule oder

durch ein engagiertes Elternhaus voraus. Ohne diese laufen einige Kinder Gefahr, dass sich die eigentlichen Ursachen für die psychischen Belastungen durch mehr freie, unstrukturierte Zeit verstärken. Auf der anderen Seite merken Bürgerinnen und Bürger an, dass Kinder wieder „Langeweile lernen“ müssen und es Zeit geben sollte, die nicht von Erwachsenen gesteuert wird. Dies gelte für Kinder aller Elternhäuser. Eine **verbesserte Medienbildung** liegt vielen Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern am Herzen.

■ **Familiären Hintergrund betrachten**

Prof. Dr. med. Fegert beschreibt als weiteren großen Faktor, dass **Familienkonflikte** das Risiko für psychische Belastungen und Entwicklungsstörungen deutlich erhöhen. Er stellt dabei fest, dass es nicht nur um Jugendliche aus **familiär schwierigen sozioökonomischen Kontexten**, aus konfliktreichen Familien mit oder ohne Trennungshintergrund geht, sondern auch um diejenigen, die aus eher **überversorgten Haushalten** kommen und sich bisher keiner Verantwortung oder Herausforderung stellen mussten. Die sogenannten „Helikopter-Eltern“ werden auch vom Bürgerforum kritisch diskutiert. Die Problematik sich verändernder Familienstrukturen und zunehmender familiärer Konflikte bestätigen neben Prof. Fegert fast alle Expertinnen und Experten, die betroffenen Lehrkräfte wie auch die Schülerinnen und Schüler. **Dies bedeute auch, dass Schule heute einen größeren Teil der Erziehungsfunktion übernehmen muss und dass dafür mehr Zeit aufgewendet werden muss, so das Bürgerforum.**

■ **Viele gleichzeitige Krisen verarbeiten**

Außerdem wachsen junge Menschen spätestens seit der Covid-19-Pandemie in permanenten, gleichzeitig stattfindenden Krisen auf (Klimakrise, Corona, Kriege). Die Gleichzeitigkeit von wahrgenommenen Krisen und die Addition von Bedrohungsgefühlen und Orientierungsschwierigkeiten wird als große Herausforderung aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger betrachtet. Die Zufallsbürgerinnen und -bürger stellen hier fest, dass es **in der Schule mehr Zeit bräuchte, um auf solche Themen einzugehen**. Ursachen und Hintergrundwissen könnten vermittelt und konkrete Lösungsansätze für das Handeln des Einzelnen diskutiert werden.

■ **Umgang mit zunehmender Heterogenität einüben**

Das Bürgerforum folgt der Feststellung der Expertinnen und Experten, dass eine wachsende Heterogenität der Kinder und Jugendlichen bezüglich ihrer persönlichen und familiären Hintergründe zu beobachten ist. Die Bürgerinnen und Bürger sehen dies als große Herausforderung für Lehrende und Betroffene. Es sei deshalb wichtig, sich frühzeitig mit Verschiedenheit, mit Handicaps, Neurodivergenzen (ADHS, Autismus, Lese-RechtschreibSchwäche), Krankheiten und anderen Herausforderungen im Bildungsgerechtigkeits- und Belastungskontext zu beschäftigen. **Hierauf müsse auch in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte mehr Gewicht gelegt werden.** Das Bürgerforum stellt fest, dass es Spätfolgen für Gesundheitssystem, Wirtschaft und Gesellschaft hat, wenn aus Jugendlichen, belastete Erwachsene werden.

■ **Schulsozialarbeit ausbauen**

Eines der maßgeblichen Unterstützungsangebote ist die Schulsozialarbeit, die in der Regel durch kommunale, soziale Akteure abgedeckt wird. Den wachsenden Bedarf an Schulsozialarbeit bestätigen fast alle befragten Expertinnen und Experten. In allen Schularten, von den Grundschulen, über die Haupt- und Werkrealschulen, Realschule, beruflichen Gymnasien und Gemeinschaftsschulen, G8 oder G9 Modellschule bis hin zum Internat mit kleinsten Klassengrößen ist die Nachfrage an Schulsozialarbeit in den letzten Jahren massiv gestiegen.

Das Bürgerforum stellt fest: Schule hat keinen direkten Einfluss auf den familiären Kontext oder den Freundeskreis, den Schülerinnen und Schüler zur Stabilität in der Pubertät brauchen. Das Bürgerforum stimmt aber übereinstimmend mit allen Expertinnen und Experten der Einschätzung zu, dass bei einer Gesellschaft mit immer größer werdenden Unterschieden zukünftig eher mehr Schulsozialarbeit notwendig wird als weniger. Gute Mitarbeitende für die **Schulsozialarbeit** und den Schulpsychologischen Dienst sowie Vertrauenslehrkräfte, die von der Schülerschaft gewählt werden, könnten hier wertvolle Arbeit leisten, um Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg zu begleiten. **Hierfür seien Ressourcen von Seiten der Kommunen und des Landes zur Verfügung zu stellen, so die Empfehlung.**

Empfehlungen zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit

Gibt es eine Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft der Eltern [Migration]? Welche Rolle spielen die finanziellen Mittel der Eltern und wie kann unabhängig vom Elternhaus oder von der Herkunft ein erfolgreicher Abschluss gelingen? Diese Fragen stellt das Bürgerforum an Frau Prof. Dr. Havva Engin, Institut für Erziehungswissenschaft, Pädagogische Hochschule Heidelberg.

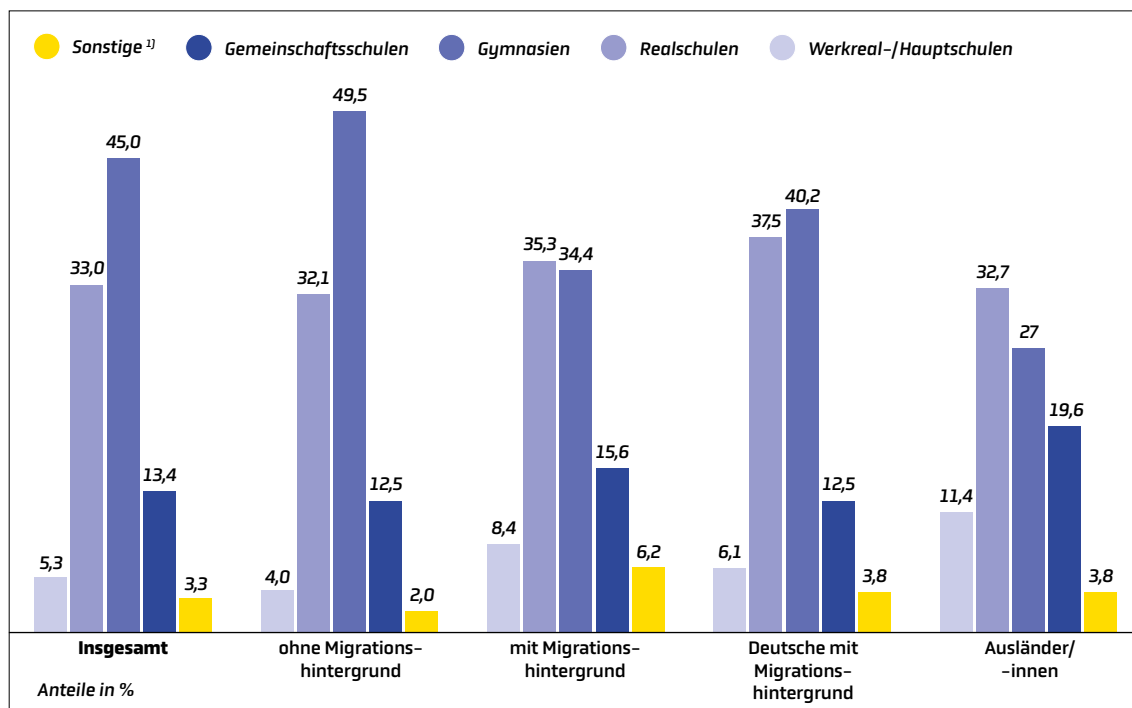
In Baden-Württemberg haben 48,6 Prozent der Kinder (0-17 Jahre) einen Migrationshintergrund. **Knapp die Hälfte unserer Kinder sind also entweder selbst zugewandert oder in Familien mit Zuwanderungsgeschichte** (Eltern, Großeltern) geboren. Dabei nehme der Anteil von Kindern und jungen Men-

schen mit Migrationshintergrund kontinuierlich zu, so die Forscherin.

Betrachte man die Übergänge von Grundschulen auf darauf aufbauende Schulen, falle sofort auf, dass Kinder mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedliche Bildungswege beschreiten. Von den Kindern ohne Migrationshintergrund gehen 49,5 Prozent in das Gymnasium über, von den Kindern mit Migrationshintergrund sind dies nur 34,4 Prozent.

Auffällig sei auch die Verteilung der Schülerinnen und Schüler in den verschiedenen Schularten nach dem Übergang. Von den Kindern mit Migrations-

Übergänge von Grundschulen auf darauf aufbauende Schulen nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit zum Schuljahr 2022/23 in Baden-Württemberg



¹⁾ Andere Schularten sowie Wiederholer/-innen, Nichtversetzte und Schüler/-innen der Klassenstufe 4 ohne Grundschulempfehlung. Datenquelle: Amtliche Schulstatistik

Abbildung 11: Übergang von Grundschulen auf darauf aufbauende Schulen nach Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit zum Schuljahr 2022/2023 in Baden-Württemberg (Nach: Bildung in Baden-Württemberg, Bildungsberichterstattung 2022, Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg, Stuttgart und Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart).



hintergrund besuchen 35,3 Prozent eine Realschule, das sind etwas mehr als auf dem Gymnasium (34,4 Prozent). Dabei ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in Werkreal- und Hauptschulen doppelt und in Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) drei Mal so hoch wie in der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund. Hintergrund sei hier in der Regel der Förderschwerpunkt Lernen und Sprache in den SBBZs.

Besonders beeindruckt hat das Bürgerforum der Vergleich der Schulabschlüsse. Von den Schülerinnen und Schülern, die in Gymnasien ein Abitur schaffen, **haben nur 11,5 Prozent einen Migrationshintergrund**. Bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sei also ein sehr starker Trichtereffekt festzustellen, der das Bürgerforum sehr nachdenklich stimmt.

Dabei könne wissenschaftlich belegt werden, dass das Bildungsniveau stark mit dem sozioökonomischen Status der Eltern zusammenhängt, so Prof. Engin. Kinder von Eltern mit Migrationshintergrund, die selbst eine (Fach-)Hochschulreife erreicht haben, erreichen (wie bei den Kindern ohne Migrationshintergrund) viel häufiger das Gymnasium als Kinder von Eltern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Ergebnisse des ifo „Ein Herz für Kinder“-Chancenmonitors zeigten, dass rund 80 Prozent der Kinder aus Familien mit hohem Einkommen ein Gymnasium besuchen – dies gelte unabhängig vom Migrationshintergrund. Problematisch daran sei, dass Familien mit Migrations-

hintergrund deutlich häufiger einen niedrigen sozioökonomischen Status haben (50 Prozent). Kinder mit Zuwanderungsgeschichte seien also häufig doppelt belastet.

Auf Nachfrage des Bürgerforums hat Vittorio Lazaridis vom Kultusministerium das in der Landesverfassung verankerte Bildungsziel erläutert: Dort wird festgehalten, dass jeder Mensch „ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seinen Begabungen entsprechende Erziehung und Ausbildung“ hat. Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit zu gestalten.

Das Bürgerforum stellt fest, **dass das selbstgesteckte Bildungsziel mit dem Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit im Alltag noch nicht umgesetzt wird. Als Gesellschaft sei es uns nicht gelungen, das Bildungsniveau vom Hintergrund der Eltern zu entkoppeln, so Frau Prof. Dr. Engin. Das Bürgerforum stimmt dem zu und sieht einen großen Handlungsbedarf auf Seiten der Politik.**

■ **Stärkung der Bildungsgerechtigkeit aus Sicht des Bürgerforums**

Die Schule ist ein wichtiger Ort für die **Bildung und Integration** von Kindern und Jugendlichen, insbesondere für diejenigen, die aus konfliktreichen oder sozioökonomisch weniger gut gestellten Familien kommen. Um ihnen einen besseren und faireren Einstieg in das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen, könnte das Abitur nach neun Jahren, statt nach acht Jahren ausreichend Zeit bie-



ten. Dies gelte in besonders hohem Maße für den **Spracherwerb** der wachsenden Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund. Die Bürgerinnen und Bürger sehen in einem möglichst frühen Kompetenzerwerb in der Sprache einen Schlüssel zur Verbesserung der Situation.

G9 würde auch mehr Zeit für die **politische Bildung** und die **Auseinandersetzung mit globalen Themen** lassen, die für die heutige Generation von zunehmender Bedeutung sind.

Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger stellen fest: „**Wir hängen zu viele junge Menschen ab, die wir als Fachkräfte brauchen**“, und fragen sich, „wie wir das Ruder herumreißen können“.

Die dringende Frage für Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte sei daher nicht, ob G8 oder G9 für sie bessere Lernbedingungen schafft, da sie in dieser Schulform sowieso stark unterrepräsentiert sind. Vielmehr brauche man eine grundlegende Diskussion darüber, wie das bestehende **Schulsystem verändert bzw. weiterentwickelt** werden sollte, damit die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte von ihren familiären Ausgangslagen entkoppelt werden. Erst dies würde ein chancengerechtes Bildungssystem bedeuten.

Was kann für den Wandel empfohlen werden? Um Weichen für Bildungsgerechtigkeit im jungen Alter zu stellen, müsse man **frühkindliche Bildungsangebote in Kitas und Grundschulen flächendeckend** ausbauen, so Frau Prof. Dr. Engin. Hierzu müssen nach Ansicht des Bürgerforums **informelle Bildungsgelegenheiten** (Volkshochschulen, Vereine, Jugendzentren) gestärkt werden. Zusätzlich sollen **sozioökonomisch schwache Familien** bei der Erziehung **stärker unterstützt** und Schulen **sozialindexbasiert mit Lehrkräften und multi-professionellen Teams** (Schulsozialarbeit, psychologische Beratung) ausgestattet werden. Auch eine Verzögerung der Aufteilung auf unterschiedliche weiterführende Schulen und längeres gemeinsames Lernen in integrierten Schulformen sollte gesellschaftlich diskutiert werden.

Fazit zur Verringerung von Belastungen und Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit

Schule kann nicht alle Belastungen, denen junge Menschen heute ausgesetzt sind, abfedern oder ausgleichen, darin ist sich das Bürgerforum einig. Eine ganzheitliche, inhaltliche und strukturelle Schulreform könnte aber ein System schaffen, das besser auf die Herausforderungen reagieren kann, Belastungen reduziert und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgt.



43 der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger sehen **G8 nicht allein als Ursache** für die Belastungen von jungen Menschen. G9 ist demnach auch nicht die **einzige Lösung**, um Belastungen zu reduzieren. Zwei Personen lehnen dies ab, zehn enthalten sich.



23 empfehlen die Umsetzung von **Sofortmaßnahmen**, damit Klassenarbeiten in den Nebenfächern durch Referate und Projekte auch in Gruppenarbeit ersetzt werden und so den Lernstress vor allem in der Mittel- und Oberstufe reduziert wird. 17 stimmen hier nicht zu, 15 enthalten sich.

Hintergrund war hier, dass introvertiertere Kinder Nachteile haben könnten.



Die klare Mehrheit des Bürgerforums hält es für **zentral**, dass die Politik das Thema der psychischen Belastungen durch **Social Media** aufgreift. Eltern, Lehrende und Schülerschaft müssen besser darüber aufgeklärt werden, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Zeit auf Social Media, Depressionen und Angstzuständen besteht. 47 stimmen hier zu, acht enthalten sich. Es gibt keine Gegenstimmen.



Ebenfalls eine klare Mehrheit sieht weiterhin einen hohen Bedarf für **Schulsozialarbeit**, um Kinder und junge Menschen mit familiärem Konflikthintergrund in ihrer persönlichen Entwicklung besser zu unterstützen. Hier gibt es nur eine Gegenstimme und 4 Enthaltungen.

42 stellen fest, dass es **aktuell keine ausreichende Bildungsgerechtigkeit** gibt, da das Erreichen der Bildungsziele stark vom Bildungsstand, vom finanziellen Hintergrund und den Unterstützungsmöglichkeiten in der Familie abhängt. Hier muss **Bildungspolitik ansetzen und für Ausgleichsmöglichkeiten** sorgen. Hier widersprechen sechs, sieben enthalten sich.



42 Teilnehmende erwarten eine breit angelegte Initiative für **mehr Bildungsgerechtigkeit**, die mit der verpflichtenden, kostenlosen Frühförderung beginnt und Jugendliche bis zum Abitur begleitet. Das Abitur sollte besser von Herkunft und finanziellen Mitteln der Elternhäuser entkoppelt werden. Nur eine Person widerspricht, allerdings enthalten sich 12 der Stimme.



Hintergrund der etwas niedrigeren Zustimmungswerte ist hier, dass bereits breite Maßnahmenbündel initiiert wurden, dass aber die Ergebnisse (noch) nicht in den Statistiken sichtbar sind. Die Forderung wäre also bereits zu einem Teil erfüllt, auch wenn die Früchte dieser Anstrengungen noch auf sich warten lassen. Es wird außerdem angemerkt, dass die Unterstützungssysteme ebenfalls an ihre Grenzen kommen und das Thema nicht nur mit Blick auf die Schule oder Frühförderung betrachtet werden müsste.



Das nur 11% der Kinder mit Migrationshintergrund Abitur machen, macht mich sehr betroffen. Das muss sich ändern!

Empfehlungen für Hobby und Freizeit sowie zur Vorbereitung auf Beruf und Studium

Hobby, freie Aktivitäten und AGs in der Schule

In den Anhörungen berichten insbesondere Bernd Röber vom Landessportverband Baden-Württemberg und Herr Kraus, ehemaliger Schulleiter des Faust-Gymnasiums in Staufen, dass sowohl in der Schule, z.B. in AGs, als auch außerhalb in Vereinen, **das Engagement seitens der Schülerinnen und Schüler zurückgegangen** ist. Herr Kraus erläutert, dass im alten G9 mehr Zeit und Freiräume für eine aktive Schulkultur vorhanden waren. Dies habe nach Aussage der Expertinnen und Experten **Auswirkungen auf die individuelle Entwicklung, z.B. in Bezug auf politisches Bewusstsein, Weltoffenheit, Reflexion und soziale Kontakte**. Auch für AGs bleibe im G9 mehr Zeit als im G8.



Wie Holger Nagel, Schulleiter des Hellenstein-Gymnasiums in Heidenheim, im Bürgerforum berichtet, lässt sich die reduzierte Zeit für individuelle Entwicklung zum Teil über ein **gutes Schulkonzept und eine aktive Eltern- und Lehrerschaft** ausgleichen. Zusammen mit Vereinen und Schülerinnen und Schülern werden am Hellenstein-Gymnasi-

um zahlreiche **AGs zu sportlichen, technischen oder kulturellen Themen** angeboten. Im Sinne der Berufs- und Studienorientierung können **außerdem Freiräume für Ideen, Kreativität, Jugend-Forscht-Wettbewerbe oder auch Austausch mit der Start-Up-Szene** geschaffen werden. Hierzu merken die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger an, dass dies nach ihrer eigenen Erfahrung nicht an allen Schulen gleichermaßen gegeben oder umsetzbar ist. Aus dieser Erfahrung heraus folgt die Frage, ob solche AGs – die die Schülerinnen und Schüler wirklich interessieren – mit Blick auf die Ressourcen, Kosten und Personal in allen Schulen angeboten werden können. Als Fazit halten die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger fest, dass auch in bestens ausgestatteten Schulen aufgrund der hohen Stundenzahlen in G8 weniger Zeit für Sport, AGs und Hobby im Rahmen der schulischen Betreuungsangebote bleibt.

■ **Ganztagsschule als Wahlangebot**

Herr Nagel weist außerdem auf die große Nachfrage nach Ganztagesangeboten bzw. Gymnasien hin, die Ganztage anbieten. Dies deutet auf einen wachsenden Bedarf aufgrund der beruflichen Tätigkeit beider Elternteile hin, unabhängig von G8 oder G9. Nicht alle Familien haben außerdem die Möglichkeit, die Nachmittage für ihre Kinder zu gestalten und ihnen Hobby- und Freizeitmöglichkeiten anzubieten.

Jürgen Stahl von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Baden-Württemberg vertritt ca. 50.000 Fachkräfte in allen Bildungsbereichen. Auch aus seiner Sicht dürfe das Gymnasium nicht zu einer reinen Halbtagschule werden. Unterricht an ein bis zwei Nachmittagen sei aus Sicht der Bildungsgerechtigkeit und mit Blick auf die unterschiedlichen familiären Bedingungen der Kinder sehr sinnvoll. Die GEW würde es begrüßen, wenn mehr Gymnasien als Ganztagschulen geführt werden.



Eine Gruppe von Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern stellt fest: Bei einer Rückkehr zu G9 dürften die Kinder und Jugendlichen am Nachmittag nicht allein gelassen werden. Um den Bedürfnissen verschiedener Familien und Kindern gerecht zu werden, müssten die Ganztagesangebote nicht verpflichtend, sondern freiwillig sein. Eine andere Gruppe sieht kein Problem darin, Jugendliche zwei Nachmittage unbetreut zu Hause zu wissen, bis die Eltern nach Hause kommen. Dies stärke die Selbstständigkeit und die Verantwortungsübernahme der jungen Menschen in der Familie.

■ **Kooperation zwischen Schulen und Vereinen stärken**

Als wichtiger Grundbaustein für mehr Sport, Hobby und Freizeit im strukturierten Rahmen der Schule wird von den Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern eine **verstärkte Kooperation zwischen Schulen und Vereinen** gesehen. Dies könne das Vereinsleben und das Engagement außerhalb der klassischen Unterrichtsfächer stärken. Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit wäre es sinnvoll, wenn Vereine oder auch Volkshochschulen Angebote in den Schulen machen und dadurch insbesondere Schülerinnen und Schüler mit zwei berufstätigen Elternteilen oder Alleinerziehende unterstützt werden.

Durch eine engere Kooperation von Schulen und Vereinen sollen insbesondere diejenigen Schülerinnen und Schüler erreicht werden, die von sich aus nicht an Vereinsaktivitäten teilnehmen würden oder können.

Der **Austausch zwischen Schulen und Vereinen** soll nach Ansicht der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger **gezielt gefördert werden**, wodurch auch die Schulen bei der Gestaltung des Schulalltags und der Integration externer Angebote unterstützt werden können. Das Bürgerforum empfiehlt Strukturen zu schaffen, die die Hürden für entsprechende Angebote senken.

■ **Hobbys und Freizeit im außerschulischen Kontext ermöglichen**

In den Anhörungen berichten insbesondere die Eltern, dass ihre Kinder durch die vielen Wochenstunden **wenig Zeit für soziale Aktivitäten und Hobbys** an den Nachmittagen haben. Gestützt wird dies durch die Beobachtungen von Herr Röber, dass viele sich mit 14–15 Jahren aufgrund des Zeitdrucks im Alltag aus ihren Vereinen zurückziehen. Dies merke man vor allem in den Mannschaftssportarten, die in höheren Leistungsklassen ein regelmäßiges Training erfordern. Auffällig sei auch, dass z. B. in den Sportvereinen Nachwuchstrainerinnen und -trainer fehlen. Hinzu komme, dass



durch die geringere Teilnahme, insbesondere im ländlichen Raum, auch gesellschaftliche Auswirkungen entstehen. So stärke ein aktives Vereinsleben den Zusammenhalt in der Dorfgemeinschaft und zwischen den Generationen. Die Schülerinnen und Schüler sehen dies deutlich differenzierter, erzählen aber insbesondere von **hohen Belastungen in der Kursstufe**.

Vielen Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern ist es ein wichtiges Anliegen, dass den Schülerinnen und Schülern **ausreichend Zeit für die individuelle Entwicklung und Hobbys auch außerhalb des schulischen Kontextes** bleibt. Durch das Ausleben von Hobbys und die Teilnahme am Vereinsleben können Kinder und Jugendliche **andere Kompetenzen, z. B. im Umgang mit Diversität und Menschen aus anderen Alltagshintergründen** erwerben, als dies in der Schule möglich ist. Nach den Ausführungen von Bernd Röber entstehe durch das Engagement in Vereinen und den Kontakt zu Menschen aus anderen Kontexten ein offeneres Bild der Gesellschaft und es können Vorurteile abgebaut werden. Zudem werde über Hobbys und soziales Engagement die **Selbstwirksamkeit der Schülerinnen und Schüler gestärkt**. Aus Sicht der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger könnten beide Aspekte mit der Einführung eines neuen G9 leichter

verwirklicht werden. Insbesondere im ländlichen Raum, wo Schulwege und Fahrtzeiten länger sind und der ÖPNV oft eine Herausforderung darstellt, bleibe aufgrund der höheren Wochenstunden im G8 weniger Zeit für außerschulische Aktivitäten.

■ Zusammenhang von individueller Entwicklung, Freizeit und Hobbys berücksichtigen

Claudia Gulden, Abteilungsleiterin im Karlsruhgymnasium in Stuttgart und eine der angehört Lehrkräfte, erläutert, dass es aus pädagogischer Sicht wichtig sei, dass Jugendliche Zeit für ihre persönliche Entwicklung haben. Auch Herausforderungen im persönlichen Umfeld wie Scheidung der Eltern oder längere Krankheiten können schnell dazu führen, dass Kinder sich überfordert fühlen. Ausgleichsmöglichkeiten spielen in solchen Kontexten eine wichtige Rolle.

Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger diskutieren vor diesem Hintergrund ausgiebig den Einfluss von Freizeit und Hobbys auf die individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Im Schnitt nehme die körperliche Fitness von Schülerinnen und Schülern aktuell ab. Von Seiten der Bürgerinnen und Bürger wird hier ein **Zusam-**



menhang zwischen körperlicher Fitness und den kognitiven Leistungen, u.a. im Schullalltag, angenommen. Zudem seien **Sport und Spiel wichtig für den Stressabbau und die psychische Gesundheit**. Fehlender Ausgleich wird hier als Risiko für die individuelle Entwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler gesehen.

Ein weiterer Aspekt, der von den Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern gesehen und auch von Bernd Röber genannt wird, ist das **Erlernen von zusätzlichen Kompetenzen** durch außerschulisches Engagement in Vereinen oder öffentlichen Einrichtungen. Zum Beispiel lernen Kinder und Jugendliche Verantwortung zu übernehmen, im Team zu arbeiten, Ausdauer, Zeitmanagement und Selbständigkeit. Durch einen Rückgang außerschulischer Aktivitäten werden diese Kompetenzen nicht mehr im gleichen Maße erworben, bzw. müssten soweit möglich zusätzlich in der Schule vermittelt werden. Schülerinnen und Schüler brauchen aus Sicht der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger **Möglichkeiten und Zeit, um sich selbst und die eigenen Interessen besser kennenzulernen**. Durch das eigene Erfahren von Stärken und Schwächen in multiplen sozialen Kontexten – in den Vereinen kommen Kinder aus unterschiedlichen Schular-ten und sozialen Schichten zusammen – können

Kinder Motivation finden und über sich selbst hinauswachsen. Dies gelte für Musik, Kunst, Theater, soziale Tätigkeiten, politisches Engagement, Sport oder andere Hobbys gleichermaßen.

■ Alternativen zu Social Media anbieten

Auch in Bezug auf Hobby und Freizeit wird das Thema Social Media betrachtet. Aus Sicht der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger hat das **veränderte Freizeitverhalten** einen Einfluss auf die individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Die Bürgerinnen und Bürger befürchten, dass die zusätzliche Freizeit in G9 nicht automatisch sinnvoll gefüllt werde. So wird festgehalten, dass auch durch die Pandemie-Jahre der Konsum von Social Media in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Der **exzessive Konsum von Social Media** führe nach Ansicht der Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger zu **mehr Passivität im Alltag und reduzierter Aktivität in der Freizeit**. Außerdem steige, wie oben beschrieben, das Risiko für psychische Erkrankungen, was sich wiederum in einem **Rückzug aus Freizeitaktivitäten und sozialen Kontakten** ausdrückt. Die Herausforderung in Bezug auf die individuelle Entwicklung bestehe hierbei darin, als gute Alternative zur Nutzung von Social Media ziel-



gerichtete Angebote sowohl von Schulen als auch von Vereinen zu machen. Ein Bürger appelliert, hier Vertrauen in die jungen Menschen zu setzen. Eine Überstrukturierung würde auch nicht auf die reale Welt, das Studium oder den beruflichen Alltag vorbereiten.

■ **Berufliche Orientierung und Praxisbezug verbessern**

Mit Blick auf den **Fach- und Arbeitskräftemangel** und Übergang ins Berufsleben sollten auch die **Bedarfe von Wirtschaft** bei der Gestaltung der Bildungsziele und Bildungspläne berücksichtigt werden. **Die berufliche Orientierung** komme aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger in G8 aktuell **zu kurz**.

Aus Sicht des Bürgerforums sollte ein Gymnasium der Zukunft daher **mehr Praxisbezug** ermöglichen und hierfür Arbeitsgruppen und mehr Möglichkeiten für Praktika anbieten. Für das neue G9 wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger ein **aktives Einbringen von Arbeitgebern, Verbänden und Vereinen in die Schulen. Unternehmen seien meist auch in der Digitalisierung weiter als Schulen. Hier könnten Win-Win-Situationen genutzt werden.** Auch in den allgemein bildenden Gymnasien sollten AGs, Projektwochen oder Praktika zu Handwerksberufen, sozialen Berufen oder Tätigkeiten in Kunst und Kultur angeboten werden. Auch neue digitale Berufsfelder oder natur-

wissenschaftlich-technische Berufe könnten betrachtet und Berührungspunkte abgebaut werden. Hier würde sich der Kreis zum Thema Orientierung schließen, die die Schülerinnen und Schüler so unabhängig von der Unterstützung des Elternhauses frühzeitiger gewinnen könnten.

Als weitere Möglichkeit für eine stärkere Kooperation zwischen Schulen und Vereinen wird von den Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern die Option, **Schulpraktika nicht nur in Betrieben, sondern auch in Vereinen** zu leisten, genannt. Hierfür sollten neben den verpflichtend angebotenen Praktikumszeiten auch Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, ein halbes Gap-Jahr in der Mittelstufe für Auslandsaufenthalte, soziale oder berufliche Praktika zu nutzen. Schule könnte auch hierfür frühzeitig Kooperationen aufbauen.

Durch gemeinsame Aktivitäten in der Schule (außerhalb des regulären Unterrichts) kann der Zusammenhalt zwischen Schülerinnen und Schülern gestärkt werden, so das Bürgerforum. Es wünscht sich für das neue G9 ein offenes und interessantes Angebot zur beruflichen Orientierung sowie praktische Erprobungsmöglichkeiten, die zur Teilnahme motivieren.

■ **Auswirkungen auf den Freiwilligendienst**

In der abschließenden Schreibwerkstatt diskutierte das Bürgerforum darüber, ob eine Verlängerung der Schulzeiten auf neun Jahre und ein erweitertes Angebot an beruflichen und sozialen Praktika oder AGs in der Schulzeit Auswirkungen auf die Freiwilligendienste haben könnte, die seit G8 einen großen Zuspruch finden. Das Bürgerforum ist in dieser Frage relativ gelassen. Hauptargument ist hier, dass die Praktika in der Schulzeit eher förderlich sein könnten, einen längeren Zeitraum in einer sozialen Einrichtung oder in Umweltprojekten zu verbringen. Die Nachmittagsangebote, auch ein Praktikum oder Auslandsaufenthalt in der Mittelstufe, haben nach Einschätzung des Bürgerforums nur geringe Auswirkungen auf die Entscheidung nach dem Abitur, eine längere Reise (Gap-Jahr) oder ein Soziales- oder Umweltjahr einzulegen.

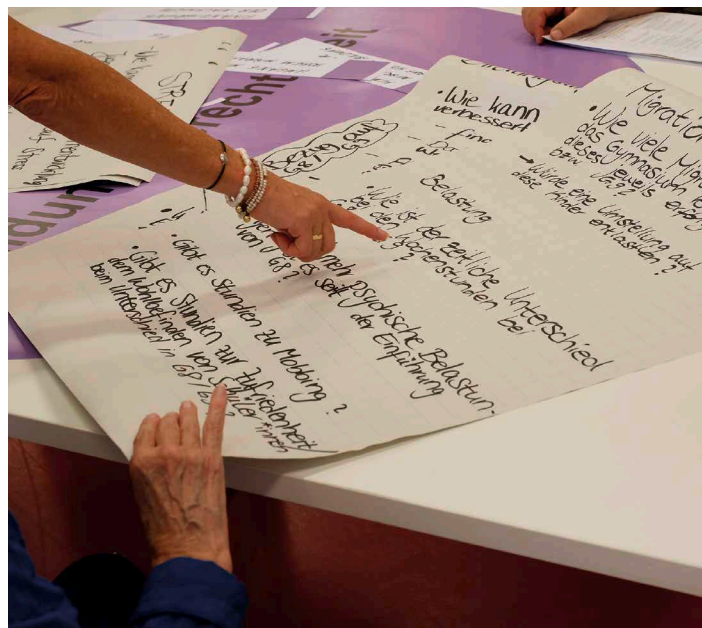
Fazit zu Hobby und Freizeit sowie zur Vorbereitung auf Beruf und Studium



Eine klare Mehrheit empfiehlt eine **engere Kooperation zwischen Schulen, Vereinen, Hochschulen und Betrieben**, um Schülerinnen und Schüler, die sich von sich aus nicht engagieren, zu aktivieren. Dies entlastet (berufstätige) Eltern und fördert soziale Gerechtigkeit. 47 stimmen hier zu, eine Person lehnt ab, sieben enthalten sich.



44 sind der Ansicht, dass sich eine Wiedereinführung von G9 positiv auf das Vereinsleben auswirken würde, weil **mehr Zeit für Hobby, Freizeit und soziales Engagement** zur Verfügung stünde. Dies käme der persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zugute. Drei Personen sehen dies anders, acht enthalten sich.



Vorbereitung auf Studium oder Berufsausbildung



36 sehen **kaum Auswirkungen** auf die Wirtschaft durch die mögliche Umstellung auf G8 oder G9. Der befürchtete fehlende Abschlussjahrgang könnte durch eine stufenweise Einführung weitgehend aufgefangen werden. Eine Person widerspricht, allerdings sind hier 18 unentschieden.



52 halten **mehr Praxisbezug** auch in den allgemein bildenden Gymnasien für wichtig und empfehlen hier mehr Kooperationen z.B. mit Handwerk, Sozialdiensten, Kunst & Kultur, Naturwissenschaften und digitalen Berufen. Zwei Teilnehmende sehen dies nicht so, zwei enthalten sich.

Nur zehn Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger befürchten, dass ein **neues G9 negative Auswirkungen auf die Freiwilligendienste** haben könnte, da sich weniger Schülerinnen und Schüler für ein Gap-Jahr entscheiden könnten. Ihrer Ansicht nach müsste dem entgegengewirkt werden. 34 teilen diese Befürchtung nicht, 11 enthalten sich.



Empfehlungen des Bürgerforums zur Ressourcenfrage

Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger haben zur Frage der Ressourcen den Rechnungshof Baden-Württemberg als Vertretung des Landes, den Städtetag als Vertretung der kommunalen Schulträger sowie das Ministerium angehört. Hinzu kamen Vertretungen des Philologenverbandes Baden-Württemberg sowie der GEW.

Der Rechnungshof Baden-Württemberg ist als unabhängige oberste Landesbehörde gleichrangig mit den Landesministerien. Er prüft die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes und den Jahresabschluss. Die Ergebnisse werden in einem jährlichen Bericht an den Landtag vorgelegt. Neben den Jahresberichten kann der Rechnungshof den Landtag, die Landesregierung oder einzelne Ministerien zu finanziellen Auswirkungen aktueller politischer Fragestellungen beraten – beispielsweise zur Wiedereinführung von G9.

■ *Der Landeshaushalt im Überblick*

Der Landeshaushalt kann für ein oder zwei Jahre aufgestellt werden, sodass die fünfjährige Legislaturperiode in der Regel einen Einjahres- und zwei Doppelhaushalte umfasst. Der Aufstellung liegt eine jährlich fortzuschreibende mittelfristige Finanzplanung zugrunde: Viele Ausgaben sind gesetzlich geregelt und bereits festgelegt. Für das Jahr 2023 hat der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ein Soll-Volumen von je 62,9 Milliarden Euro, so Dr. Georg Walch vom Rechnungshof Baden-Württemberg.

Von den Ausgaben des Landes sind die **reinen Personalkosten für Beschäftigte und Pensionierte** mit rund 40,5 Prozent des Haushalts am größten. Der zweitgrößte Posten ist der Finanzausgleich an die Kommunen mit rund 26,4 Prozent: Laut Gesetz haben Kommunen einen Anspruch auf einen Teil der Einnahmen des Landes. Zählt man die Betriebsmittel der Landesverwaltung (3,2 %) und

sonstige Leistungen an die Kommunen (4,4%) dazu, verwendet das Land rund drei Viertel der Finanzmittel für das Personal und Leistungen an die Kommunen. Mit Blick auf die Fixkosten hält sich die Flexibilität des Landeshaushalts in Grenzen.

■ *Der Haushalt des Kultusministeriums – Ein Personalhaushalt mit wenig Spielraum*

Von dem Einzelplan des Kultusministeriums bilden die Personalkosten fast 85 Prozent. Das Land zahlt insgesamt rund 6,7 Milliarden an ca. 98.000 Beschäftigte und ca. 12.000 Referendare und Referendarinnen sowie rund 4,6 Milliarden an Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und an Hinterbliebene. Da die Sachausgaben des Schulsystems Sache der Schulträger sind und damit im Regelfall in den kommunalen Bereich fallen, sind die reinen Verwaltungskosten des Kultusministeriums vergleichsweise gering.



*Wertschätzende und wohlwollende Art der Verantwortlichen und Moderator*innen, Danke an das Miteinander an alle in der Gruppe! Gut, dass es ein überschaubarer Zeitraum von 9 Wochen war!*

Rund 13,5 Prozent bzw. 1,8 Milliarden im Kultushaushalt sind für laufende **Leistungen an Dritte** vorgesehen. Den größten Teil hier stellen Zahlungen an Schulen in freier Trägerschaft bzw. Privatschulen dar, die einen gesetzlichen Anspruch auf Förderung des Landes haben. Zudem werden in diesem Rahmen beispielsweise Ganztagsbetreuung an den Grundschulen, Inklusionsangebote in den Kommunen, Jugendmusik- und Kunstschulen oder Jugendbegleitung an Schulen gefördert.



■ **Rechenmodelle G9**

Würde die Umstellung auf G9 wie im aktuellen G9-Modellversuch erfolgen, gäbe es über den Gesamtzeitraum des Gymnasiums insgesamt zwölf Wochenstunden mehr. Beim „alten G9“ vor 2004 gab es 22 Wochenstunden mehr gegenüber dem jetzigen G8.

Dabei würden in den Klassen 5 bis 11 in den ersten Jahren weniger Wochenstunden als bei G8 anfallen. Eine Rückkehr von G8 zu G9 ohne Wahlmöglichkeit, mit zwölf Wochenstunden mehr, würde somit in den ersten Jahren rechnerisch zu einem Minderbedarf von 1.452 Deputaten (Vollzeitstellen) und Einsparungen im Kultushaushalt führen. Dieser würde dann allerdings im Jahr 9 mit einem Mehrbedarf von 2.028 Deputaten mehr als kompensiert. Es würde zu einem dauerhaft strukturellen Mehrbedarf von 576 Deputaten kommen. Bei einer Rückkehr zum alten G9 wäre der Mehrbedarf aufgrund der zusätzlichen 22 Wochenstunden 1.368 Deputate.



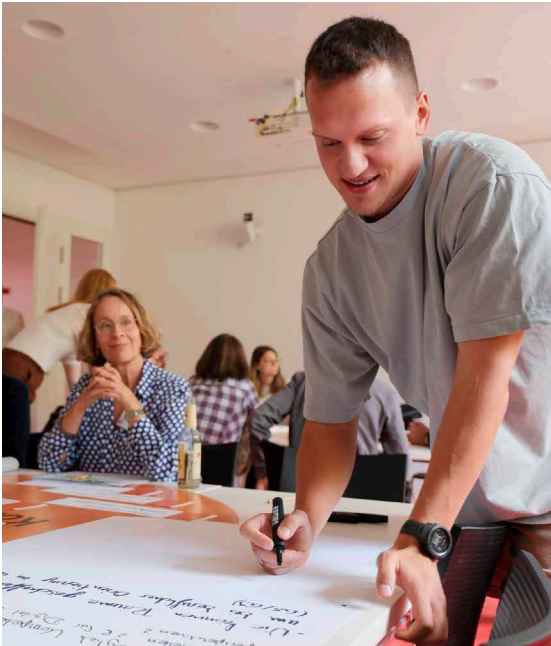
Der gesamte Prozess war sehr intensiv – aber sehr interessant und es hat Spaß gemacht sich einzubringen.

Jürgen Stahl von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gibt dagegen an, dass mit der G8-Reform faktisch 30 Wochenstunden weggefallen sind. Die GEW erwartet dementsprechend einen höheren Ressourcenbedarf für ein neues G9, das den Vorstellungen des Bürgerforums entspricht.

Für die Berechnung der finanziellen Auswirkungen kann ein Richtsatz von rund 84.000 Euro pro Deputat inklusive des Gehalts einer Gymnasiallehrkraft in der Eingangsstufe sowie Leistungen an Beihilfe und Zuführung zum Versorgungsfonds als Grundlage verwendet werden.

Auf Basis dieser Berechnungen würde eine Umstellung auf G9 wie im aktuellen G9-Modellversuch zusätzliche Personalkosten von 48 Millionen Euro im Jahr bedeuten. Bei der Wiedereinführung des „alten“ G9 wären die Mehrkosten 115 Millionen Euro pro Jahr. Einen Mittelweg stellt der Ansatz Bayerns mit 18 zusätzlichen Wochenstunden und zusätzliche Personalkosten von 76 Millionen Euro pro Jahr dar.

Dabei sei es allerdings unrealistisch anzunehmen, dass die rechnerischen Einsparungen der Deputate tatsächlich Entlastungen in den ersten acht Jahren bedeuten würden, so Herr Dr. Walch: In der Praxis können nicht zuerst Stellen in großer Menge eingespart werden, um dann nur ein Jahr später eine größere Menge von Lehrkräften einzustellen.



In ihrem Gesetzentwurf hat die Bürgerinitiative „G9 jetzt! BW“ die Mehrkosten für mehr Lehrkräfte (ohne Beihilfe, Versorgungsfonds oder Schulbau) auf G9 berechnet, je nachdem, wie viele Gymnasiasten G9 wählen würden. Laut der Bürgerinitiative würden die Zusatzkosten 94 Millionen Euro im Jahr betragen, wenn zwei Drittel G9 wählen würden, 103 Millionen, wenn es 80% und 112 Millionen im Jahr, wenn es 90 % wären.

Dabei seien die gesamten finanziellen Auswirkungen laut Herrn Dr. Walch auch davon abhängig, ob es bei einer Umstellung auf G9 eine G8-Klasse in jedem Gymnasium und ob es eine Mindestgröße für diese Klasse gäbe. In Abstimmung mit dem Kultusministerium kommt Herr Dr. Walch in einer Situation, wo zwei Drittel G9 wählen und eine Mindestgröße von 16 Personen für G8-Klassen gelten würde, insgesamt auf Mehrkosten von 151-168 Millionen Euro im Jahr. Würde man keine Mindestgröße für G8-Klassen einführen und davon ausgehen, dass neue Klassen an 50 % der Gymnasien angeboten werden, wären es 193 Millionen Euro im Jahr.

Zusätzlich gilt es darauf hinzuweisen, dass durch ein zusätzliches Schuljahr auch Mehraufwand für Schulraum entstehe. Die Kosten für Räumlichkeiten werden grundsätzlich von den Kommunen als Schulträger übernommen. Bei einer Zuschussquote des Landes von 50 % der förderfähigen Kosten

könne man von einer Landesförderung von 120-190 Millionen Euro je nach Annahmen ausgehen.

Das Bürgerforum nimmt zu den unterschiedlichen Kostenberechnungen wie folgt Stellung: Es sei wichtig, dass das Land die Umstellung geordnet konkretisiert. Es ist für das Bürgerforum derzeit nicht nachvollziehbar, welche Berechnungsgrundlage herangezogen werden müsste.

■ **Kosten für die Kommunen**

Auch auf die Kommunen kommen entsprechende Mehrkosten zu, da sie sowohl für das nichtlehrende Personal (z. B. Betreuungskräfte, Schulsozialarbeiter) als auch für die Räumlichkeiten, Ausstattung und Sachmittel zuständig sind. Neben den Finanzmitteln des Landes setzen die Kommunen hierbei eigene Mittel ein. Zudem wird die Schülerbeförderung von Stadt- und Landkreisen übernommen, erläutert Norbert Brugger vom Städtetag Baden-Württemberg.

Hierbei muss eine Kommune sicherstellen, dass alle im Rahmen des Schulsystems angebotenen Schularten für die Bevölkerung in erreichbarer Entfernung zur Verfügung stehen. Die Schulstruktur des Landes gibt vor, welche Schularten anzubieten sind: In Baden-Württemberg seit Schuljahr 2012/2013 im allgemein bildenden Sekundarbereich Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen sowie Gymnasien.

Bei der anschließenden Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürger setzt Ralf Scholl vom Philologenverband BW die finanziellen Aufwendungen in eine Relation. Anzumerken sei laut Herrn Scholl, dass die zusätzlichen Personalkosten je nach Modell eine Steigerung von weniger als anderthalb Prozent des gesamten Personaletats darstellen würden. Dieser könne mit den aktuellen Tarifverhandlungen – mit Forderungen für ein Inflationsausgleich von 10,5 Prozent – ins Verhältnis gesetzt werden. Hier rede man über das fünf- oder sechsfache dessen, was die Umstellung auf G9 bedeuten würde.

Das Bürgerforum kommt zu dem Schluss, dass das neue G9 mehr Ressourcen brauchen wird als eine reine Rückkehr zu G9 in den aktuell diskutierten Varianten.

Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger wünschen sich von der Politik eine ganzheitliche Debatte



te zur Reform des Bildungssystems, um Bildungsziele zu erfüllen und mehr Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Dies sollte **nicht auf eine Kosten-
debatte um G8/G9 reduziert** werden.

In der Diskussion wurde festgestellt, dass die Umstellung auf ein neues G9 ein großer finanzieller Aufwand sei, dass **aber kein Experte ausgesagt habe, es wäre unmöglich**. Offensichtlich könnten unterschiedliche Varianten zur Abfederung genutzt werden.



„Ein Zurück zum alten G9 ist keine Option“

Mehrere Stimmen äußerten sich in der Diskussion, dass die Investition in die Bildung einen hohen gesellschaftlichen Wert darstelle. **„Die Bildung unserer Kinder sollte es uns wert sein!“**, bringt den Tenor der Debatte der fünften Anhörung für viele auf den Punkt.

Ein Bürger merkt an, dass sich diese Investitionen auch wirtschaftlich durch bessere Fachkräfte und innovationsfähige junge Menschen „rechnen“. Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen eine **Umstrukturierung des Haushalts** zugunsten der Bildung der Kinder.

■ **Lehrermangel frühzeitig entgegenwirken**

Im Bürgerforum wird angemerkt, dass auch das heutige G8 aufgrund des Lehrermangels und der damit verbundenen Unterrichtsausfälle eher als G7 zu bezeichnen sei. Herr Nagel aus dem Hellenstein-Gymnasium stimmt zu, dass der Lehrermangel auch am Gymnasium angekommen ist – insbesondere im ländlichen Raum. Ausfälle durch Versetzungen oder Schwangerschaften können nicht mehr komplett aufgefangen werden. Es komme dann im Notfall z. B. zu Kürzungen in den zusätzlichen Poolstunden. Diese Erfahrung bestätigten die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger.

Ralf Scholl vom Philologenverband BW argumentiert, dass durch eine Rückkehr zu G9 – abhängig davon, wie man die Umstellung gestaltet – der aktuelle Lehrkräftemangel gemildert werden könnte. Eine Umstellung „von unten herauf“ zuerst in der Klasse 5 würde für sechs Jahre das System entlasten, da die G9er zwei-drei Wochenstunden weniger hätten. Nach den sechs Jahren erhöhe sich dann aber der Bedarf schlagartig. Andere Modelle würden zu einer geringeren Entlastung und zu einem geringeren Anstieg des Bedarfs führen. Klar sei aber, dass nach der Übergangsphase ein Mehrbedarf an Lehrkräften im Vergleich zu G8 besteht.

Holger Philipp, Referatsleiter Lehrkräftegewinnung im Kultusministerium kommentiert, dass



Lehrkräftemangel in nahezu allen westeuropäischen Ländern herrsche. Somit spiele es für die Diskussion G8/G9 eine Rolle, ob auskömmlich Lehrkräfte für die möglichen Anpassungen des Gymnasiums vorhanden wären. Herausforderungen bestehen sowohl mit Blick auf die Verfügbarkeit von Lehrkräften – grundsätzlich und in besonderen Fächern wie Physik oder Informatik – als auch durch die regionale Verteilung. Die Lehrkräfte werden nicht nur in beliebten Ballungszentren, sondern in allen Regionen des Landes benötigt.

Das Kultusministerium arbeite seit Langem an der Lehrkräftegewinnung, sodass erste Erfolge bereits im Grundschulbereich mit steigenden Zahlen der Referendariate zu sehen seien. Die schwächeren Absolvierenden-Jahrgänge in den Gymnasien führen aber zu einer geringeren Anzahl von Studienbeginnenden, auch im Lehramt. So werde es eine Engpasssituation geben, die aber mit wirksamen Maßnahmen beseitigt werden kann, beispielsweise durch Werbung für den Beruf oder die Stärkung der Möglichkeiten für Seiteneinstieg. Auch die Möglichkeiten für Teilzeit z. B. aus familiären Gründen bleiben bestehen: Die Anpassungen betreffen nur die sogenannte Teilzeit aus „sonstigen“ Gründen.

Er bestätigt, dass der tatsächliche Mehrbedarf auf die Gestaltung der Umstellung ankomme. Ein System mit voller Wahlfreiheit zwischen G8/G9 in einer Schule sei von den Ressourcen her schwer steuerbar, da die Anzahl benötigter Klassen variieren würde.



Wir brauchen ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes G9.



Gesunde Schüler für einen produktiven, gesunden Arbeitsmarkt – das greift jetzt irgendwie auch zu kurz.

Fazit des Bürgerforums zur Ressourcenfrage

Das Bürgerforum kommt zu dem Schluss, dass das **neue G9 insbesondere mit Blick auf zusätzliche Sprachförderungen, gezielte Angebote zu MINT-Fächern und Informatik, mehr Ganztagsangebote und freiwillige AGs, Projektgruppen oder die Betreuung von Praktika** mehr Ressourcen brauchen wird als eine reine Rückkehr zu G9 in den aktuell diskutierten Varianten. Land und Kommunen müssen sich auf höhere Kosten und einen steigenden Personalbedarf einstellen. Es ist dem Bürgerforum dabei wichtig, dass das Land die Umstellung und den damit verbundenen Ressourcenbedarf geordnet und transparent konkretisiert. Derzeit ist für das Bürgerforum nicht nachvollziehbar, welche Berechnungsgrundlagen herangezogen werden. Es kommt zu den folgenden grundlegenden Aussagen:



Die klare Mehrheit des Bürgerforums wünscht sich von der Politik eine **ganzheitliche Debatte** zur Reform des Bildungssystems, um Bildungsziele zu erfüllen und mehr Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Dies sollte **nicht auf eine Kostendebatte um G8/G9 reduziert** werden. 51 Personen ist dies wichtig. Hier gibt es nur eine Gegenstimme und drei Enthaltungen.



49 halten fest, dass **die Umstellung auf ein neues G9** ein großer finanzieller Aufwand ist, dass aber keine Expertinnen oder Experten ausgesagt haben, es wäre unmöglich. Zwei Personen sehen das kritisch, vier enthalten sich.



Ohne Gegenstimmen kommt das Bürgerforum zum Schluss, dass die Investitionen in die Bildung einen **hohen gesellschaftlichen Wert** darstellen. Sie gehen davon aus, dass sich diese Investitionen auch wirtschaftlich durch bessere Fachkräfte und innovationsfähige junge Menschen „rechnen“. Drei enthalten sich.

Ebenfalls ohne Gegenstimmen ist es dem Bürgerforum wichtig, dass nicht nur Gelder in G9 fließen, sondern eine **gerechte Aufteilung der Gelder** für alle Schularten erfolgt. Sieben Personen enthalten sich hier.



Ohne Gegenstimmen empfiehlt das Bürgerforum, dass die aktuell vom Rechnungshof geschätzten jährlichen Mehrkosten für Personal im unteren dreistelligen Millionenbereich und die einmaligen Kosten für den Ausbau der Räume investiert werden sollten, um die notwendige Bildungsreform umzusetzen. Vor allem, wenn man andere Bereiche betrachtet, in welche die Regierung investiert. Sie empfehlen eine **Umstrukturierung des Haushalts** zugunsten der Bildung der Kinder. Nur zwei Personen enthalten sich.



“Die Bildung unserer Kinder sollte es uns wert sein!”

Das Bürgerforum G8/G9

Die Methode der Zufallsauswahl

Bürgerforen mit Zufallsauswahl sind in Baden-Württemberg bereits für viele politische Fragestellungen erfolgreich eingesetzt worden und sind seit 2021 durch das Gesetz zur Dialogischen Bürgerbeteiligung rechtlich verankert. Aufgabe solcher Zufallsbürgerverfahren ist es, zentrale Themen und Fragen aus Bürgersicht zu identifizieren und zu klären. Dabei soll möglichst **die Vielfalt der Landesbevölkerung miteinbezogen** werden und nicht nur diejenigen Menschen, die das Thema ohnehin schon aktiv verfolgen. Die Adressen der Haushalte werden von den Einwohnermeldeämtern per Los gezogen und angeschrieben. Rückmeldungen werden nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund und Wohnort zugeordnet, damit möglichst breite Bevölkerungsgruppen abgedeckt werden. Die finale Auswahl erfolgt dann noch einmal per Los. Dementsprechend wird **kein Vorwissen** erwartet: Die Bürgerinnen und Bürger werden ins Thema eingeführt und sollen die gesamte Bandbreite der Meinungen hören – Extrempositionen und Stimmen der Mitte.

Zusammensetzung der Teilnehmenden

Für das Bürgerforum zur Dauer des allgemein bildenden Gymnasiums in Baden-Württemberg wurden 64 Personen zufällig ausgelost, davon haben 55 Menschen teilgenommen. Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger kamen aus unterschiedlichen Kommunen⁴, aus kleinen Gemeinden und größeren Städten aus allen Landesteilen Baden-Württembergs. Es waren etwa gleich viele Männer und Frauen vertreten, zudem nahmen Menschen mit allen Bildungsabschlüssen, aus allen Altersgruppen und mit und ohne Migrationshintergrund

teil. Die Bürgerinnen und Bürger bildeten damit die Breite der Bevölkerung in Baden-Württemberg gut ab.

Einbettung des Bürgerforums in die mehrstufige Beteiligung des Landes

Das Zufallsbürgerverfahren baute auf einem mehrstufigen Beteiligungsprozess auf: So hat die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung des Landes im Vorfeld des Bürgerforums nach **Anhörung** von Verbänden, öffentlichen Interessengruppen und Vereinen eine **offene, digitale Bürgerbeteiligung auf dem Internet-Beteiligungsportal** des Landes durchgeführt (www.beteiligungsportal-bw.de). Bis zum 22. September 2023 konnten alle interessierten Bürgerinnen und Bürger verschiedene Themenfelder des Bürgerforums kommentieren und die eingereichten Kommentare bewerten – insgesamt wurden 991 Kommentare und 13.005 Bewertungen aufgenommen. Alle Anregungen wurden durch die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung in einer **Themenlandkarte** zusammengefasst. Zusätzlich wurde in einem **Begleitkreis** aus verschiedenen öffentlichen Verbänden und weiteren Akteuren der Ablauf und die Vorgehensweise zur Auswahl der Expertinnen und Experten abgestimmt. Das Bürgerforum mit den Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern hatte die Aufgabe, die Themen durch gezielte Anhörungen aufzugreifen, differenziert zu diskutieren und qualitativ zu bewerten.

Der Prozess des Bürgerforums

Das Bürgerforum selbst wurde als sechsstufiger Prozess aufgebaut und öffentlich ausgeschrieben.

⁴ Alfdorf, Balingen, Berg, Binzen, Bühl, Dornhan, Efringen-Kirchen, Ellhofen, Ellwangen, Esslingen am Neckar, Freiburg im Breisgau, Göppingen, Gundelsheim, Hayingen, Ihringen, Kirchartt, Laichingen, Lörrach, Mannheim, Meßstetten, Östringen, Reilingen, Rheinfelden (Baden), Seckach, Stuttgart, Talheim, Ulm, Weinheim, Wendlingen am Neckar und Wilhelmsfeld.



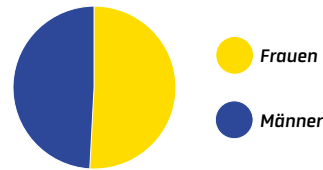
DIALOG BASIS hat diese Ausschreibung gewonnen und das Bürgerforum im Auftrag der Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung moderiert, organisiert und dokumentiert: In der Auftaktveranstaltung legten die Bürgerinnen und Bürger nach einer ersten Einführung zum Status quo des aktuellen Bildungssystems **ihre Themen fest, wählten die Expertinnen und Experten aus und formulierten erste Fragen**. Es folgten vier weitere digitale Sitzungen des Bürgerforums mit den **Anhörungen** der Expertinnen und Experten, mit einem Vergleich von G8 und G9, mit Vertiefungen zu Bildungszielen, Inhalten und Kompetenzen, Belastungen und Bildungsgerechtigkeit, Hobby, Freizeit und Sport sowie zu den Auswirkungen auf Wirtschaft und Hochschulen und zu den Ressourcen. Alle **Anhörungen erfolgten öffentlich mit Beteiligung der Medien**. Sie wurden gestreamt und die Aufnahmen hinterher auf dem Beteiligungsportal hochgeladen zusammen mit den Präsentationen⁵.

Methoden

Jeweils nach den Anhörungen zogen sich die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger **zur internen Beratung** zurück und formulierten zunächst in der großen Gruppe und dann in kleinen Arbeitsgruppen Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Diese wurden vom Mo-

⁵ Bürgerforum G8/G9: Sitzungen und Ablauf des Bürgerforums: <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/lp-17/buergerforum-g8-g9/sitzungen>

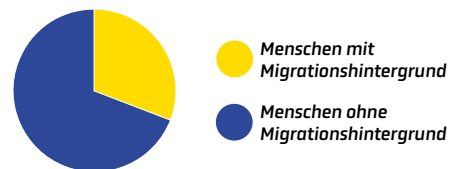
Teilnehmende nach Geschlecht



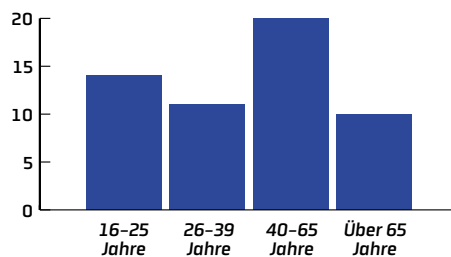
Teilnehmende nach Bildungsabschluss



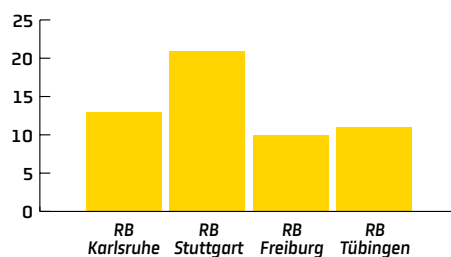
Teilnehmende nach Migrationshintergrund



Teilnehmende nach Altersgruppe



Teilnehmende nach Regierungsbezirk



Abbildungen 12-16: Zusammensetzung des Bürgerforums nach Auslosung [Quelle: DIALOG BASIS].

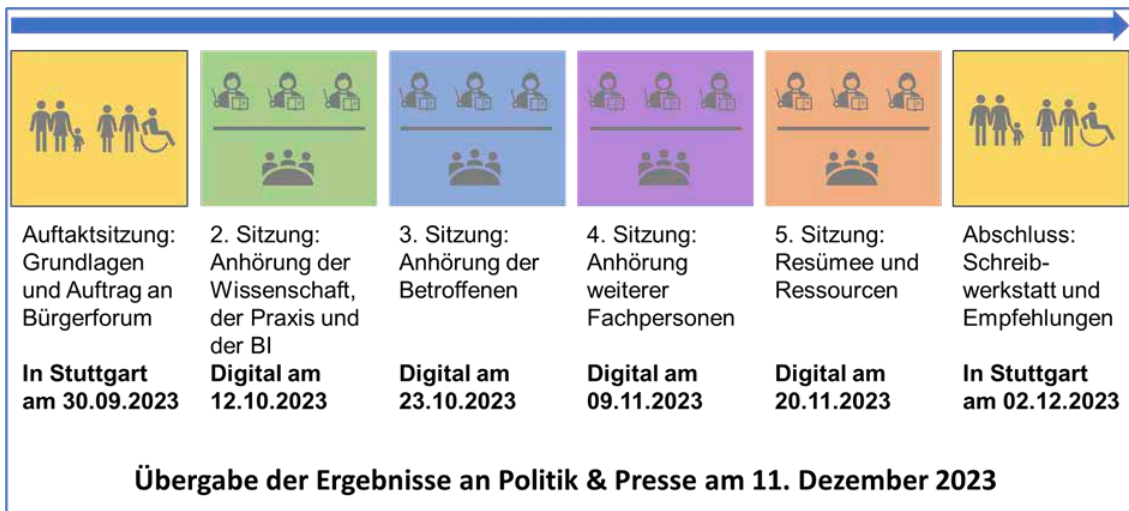


Abbildung 17: Ablauf des Bürgerforums G8/G9 [Quelle: DIALOG BASIS].

derationsteam **für alle sichtbar im Simultanprotokoll mitgeschrieben**. Die wörtlichen Mitschriften wurden komprimiert als Text zusammengestellt und für die Kurzfassung und die Langfassung von einer **Redaktionsgruppe** aus Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürgern geprüft und überarbeitet. Am 2. Dezember wurden in der **Schreibwerkstatt** mit 35 Teilnehmenden der Schlussbericht **Wort für Wort konsolidiert und final präzisiert**. Alle Empfehlungen wurden noch einmal bearbeitet und in den **Votings** bewertet. Teilnehmende, die an diesem Adventssamstag nicht dabei sein konnten, wurden telefonisch oder digital um ihre Bewertungen gebeten, sodass **der Schlussbericht von 55 Teilnehmenden gemeinsam verfasst und bewertet** wurde.

Bereits in der Auftaktveranstaltung ordneten sich die Teilnehmenden ihren zentralen Themen zu. Die Themen lagen in Plakatgröße ausgedruckt auf dem Fußboden und wurden in einer „**Floor-Moderation**“ (Floor = englisches Wort für Fußboden) diskutiert. Die Teilnehmenden stellen sich dabei im Raum zu „ihrem“ Thema und diskutieren in kleinen Gruppen.

Sehr gut sichtbar war, dass sich die Mehrheit der Teilnehmenden den Bereichen Belastungen und Bildungsgerechtigkeit, Hobby und Freizeit sowie der Frage nach den Inhalten und Kompetenzen zugeordnet haben. Die in der Politik und bei Verbänden intensiv diskutierten Frage zu Personal, Räumen und Kosten oder zu allgemeinen Bildungszielen standen deutlich weniger in Fokus. Die Themen und Fragen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger

wurden in den nachfolgenden Kleingruppen formuliert. Die Teilnehmenden haben sie jeweils selbst geschrieben. Auch in den vier digitalen Sitzungen wurden in Kleingruppen weitere Fragen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu den jeweiligen Themen formuliert und im Simultanprotokoll vom Moderationsteam für alle sichtbar dokumentiert. Aus diesen **Textteilen** entstand der erste Entwurf des Schlussberichts, der von einem Redaktionsteam aus sechs Zufallsbürgerinnen und -bürgern überarbeitet wurde. In der finalen Schreibwerkstatt wurden in zwei Arbeitsrunden die **Herausforderungen und Empfehlungen** für den Schlussbericht in Tischgruppen an großen Ausdrucken überarbeitet. Die Gliederung und genauen Inhalte der Empfehlungen für die Abstimmungen (Votings) wurden gemeinsam an einem überdimensionalen Ausdruck auf dem Fußboden diskutiert und bearbeitet. Der finale Text des Bürgergutachtens entstand an diesem ersten Samstag im Dezember. Am Ende der Veranstaltung wurden die vorgeschlagenen Empfehlungen zur Abstimmung gestellt. Das Bürgerforum wählte aus unterschiedlichen **Layoutvorschlägen** das Gestaltungskonzept für die Kurzfassung und die Langfassung. In der Schlussrunde sammelte das Moderationsteam **Zitate und generelle Bewertungen oder Meinungen** zum Prozess.

Auswahl der Expertinnen und Experten

Um eine möglichst unabhängige Information der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, sind



Anhörungen von Expertinnen und Experten ein wichtiges Element von Bürgerforen. Die Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung legt Wert darauf, das gesamte Meinungsspektrum abzubilden. Dafür wurden neben wissenschaftlichen Expertinnen und Experten auch Vertretende von Interessenverbänden eingeladen.

Für die Auftaktveranstaltung wurden wissenschaftliche Expertinnen und Experten sowie Fachpersonen oder Interessenvertretungen aus den verschiedenen Themenfeldern von unterschiedlichen Akteuren zusammengetragen. Für einzelne Expertenvorschläge hat die Servicestelle die fachliche Beratung des Bildungs- und Finanzreferats im Staatsministerium sowie des Kultus- und Finanzministeriums angefragt. Die Bürgerinitiative „G9 jetzt! BW“ konnte Expertinnen und Experten vorschlagen. Zusätzliche Vorschläge für Fachleute oder weitere Akteure wie Verbände oder Interessengruppen kamen aus einer Anhörung („Beteiligungsscoping“) mit Verbandsvertretenden, über die Online-Beteiligung sowie durch die Begleitgruppe des Bürgerforums mit Vertretenden der Bürgerinitiative und Verbänden.

Zu den vorgeschlagenen Personen hatte DIALOG BASIS anhand öffentlicher Quellen im Vorfeld kurze **Steckbriefe** mit wichtigsten Informationen erstellt. In der Auftaktveranstaltung stimmten die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger mit zehn grünen Klebepunkten für die Personen ab, die sie in den nachfolgenden Sitzungen hören wollten. Die Fachpersonen wurden dann in der priorisierten Reihenfolge angefragt.

Die Bürgerinitiative „G9 jetzt! BW“, ein G8-Gymnasium, die im Schulgesetz verankerten Beratungsgremien (Landesschul-, Schüler- und Elternbeiräte) sowie der Hauptpersonalrat der allgemein bildenden Gymnasien wurden von der Servicestelle als Inputgebende bereits im Vorfeld gesetzt.

Auswahl der Betroffenen

Im Mittelpunkt der dritten Sitzung standen Anhörungen von drei Gruppen von Betroffenen: von Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülerinnen und Schülern. Hierzu hat DIALOG BASIS verschiedene, zufällig ausgewählte Schulen aus ganz Baden-Württemberg angesprochen.

Für die Zufallsauswahl wurde der **Schulfinder des Ministeriums** für Kultus, Jugend und Sport⁶ verwendet. Mit dem Tool wurden im ersten Schritt Schulen bestimmter Art gesucht (allgemein bildende Gymnasien, berufliche Gymnasien, Gemeinschafts-, Real- oder Werkrealschulen). Aus der Gesamtzahl von Schulen dieser Art wurden dann Schulen für die drei Anhörungen per Zufallsauswahl ausgelost. Eine Besonderheit bei der Schulauswahl stellten die G9-Modellschulen dar. Da G9 im Schulfinder als Suchkriterium nicht verwendet werden kann, wurde hierfür die Auflistung der G9-Modellschulen auf der Webseite des Kultusministeriums⁷ genutzt. Auch hier wurde per Zufallsauswahl ausgelost.

Bei der übergreifenden Zusammenstellung der Schulen wurde zuletzt noch auf die **geografische Verteilung** der Schulen geachtet. Sollten die gezogenen Schulen geografisch zu nahe beieinander liegen, wurde eine neue Schule gezogen.

Nach der Festlegung der Schulauswahl wurden die Schulleitungen der jeweiligen Schulen kontaktiert. Sie wurden gebeten, für die Veranstaltung eine Lehrkraft zur Verfügung zu stellen bzw. die Einladung an Elternvertreterinnen und -vertreter oder Schülersprecherinnen und -sprecher weiterzugeben. Bei Absagen wurde ebenfalls neu gezogen.

⁶ <https://schulfinder.kultus-bw.de/>

⁷ https://km-bw.de/Lde/startseite/schule/G9_Modellschulen_n

Stimmen des Bürgerforums zum Abschluss

Die Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger bringen selbst den Prozess auf den Punkt. Und weil die Originalzitate einfach die besten sind, lassen wir sie einfach so stehen:

„Ich bin vor allem sehr erleichtert, dass es ein eindeutiges Ergebnis gibt.“

„Die kleinen, durchmischten Gesprächsgruppen nach den Vorträgen der Expertinnen und Experten waren sehr wohltuend, man konnte vielfältige Meinungen erfahren und lernen, andere Meinungen auch stehen zu lassen.“

„Am Anfang konnte ich mir nicht vorstellen, wie wir in der Gruppe zu einem Ergebnis kommen sollen. Jetzt finde ich schön, wie differenziert das Ergebnis ist. Das zeigt, dass es ein demokratischer Prozess war.“

„Manche Sachen waren schwer zu bewerten. Vieles steht schon im Bildungsplan, auch Leitfäden zur Umsetzung gibt es schon. Vom Gefühl her kommt es auf die Person an, wie man es letztlich umsetzt.“

„Wenn man im Bürgerforum oder auch außerhalb über das Thema G8/G9 redet, kommt leicht der Eindruck auf, dass die Lehrer nur alles umsetzen müssten, was es bereits gibt, damit es funktioniert. Allerdings sind die Rahmenbedingungen in den Schulen so schlecht (große Klassen, viel Zeitaufwand), dass man als Lehrer für viel Engagement, das man eigentlich mitbringen möchte, keine Kraft mehr hat.“

„Lehrer sind die Retter des Bildungssystems“

„Ich hatte am Anfang Angst, dass es eine rein bildungspolitische Debatte wird. Ich bin jedoch begeistert, dass bei eigentlich allen im Bürgerforum die Kinder im Vordergrund stehen und dass so tolle Empfehlungen weitergegeben werden, obwohl die meisten hier keinen beruflichen Bezug zum Thema haben.“

„Ich fand die Arbeit im Bürgerforum sehr wertvoll. Großes Lob an die Moderation, die interessant und bürgernah durch die Themen – mit tollem Zeitmanagement – geführt hat. Ein gutes Ergebnis wurde erreicht. Ich hatte Spaß an der Diskussion mit immer neuen Menschen aus unterschiedlichen Kontexten.“

„Wir alle haben viel Zeit und Kraft investiert und ich hoffe, dass das Ganze keine Alibiveranstaltung wird. Die Politik muss uns hören, sonst ist das Ergebnis umsonst!“

„Unser ausgearbeitetes Ergebnis macht mich stolz.“

„Ganz besonders wichtig: Ich hatte das Gefühl mitwirken zu können!“

"Das nächste Mal die Abstimmung bitte mit einem digitalen Tool machen!"

„Diese Art der direkten Demokratie sollte neben der repräsentativen Demokratie öfter geben. So kann man sich mit dem Thema gründlich beschäftigen und nicht nur einfach ein Kreuz setzen wie bei einer Bürgerabstimmung. Die Unterstützung durch Dialog Basis hat stets die Diskussionen im Rahmen gehalten, d.h. wir Bürger konnten uns konzentrieren und nicht abschweifen, Danke dafür. Ich hoffe sehr, dass unsere Ausarbeitung nicht später in einer Schublade verstaubt.“

Liste der Fachpersonen der Anhörungen

Den folgenden Fachpersonen sei an dieser Stelle herzlich gedankt:

- Norbert Brugger, Städtetag Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Monika Buhl, Institut für Bildungswissenschaft, Universität Heidelberg
- Prof. Dr. Havva Engin, Institut für Erziehungswissenschaft, Pädagogische Hochschule Heidelberg
- Prof. Dr. med. Jörg M. Fegert, Universitätsklinikum Ulm
- Vittorio Lazaridis, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg
- Klaus Lorenz, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg
- Holger Nagel, Hellenstein-Gymnasium, Heidenheim an der Brenz
- Benjamin Peschke, Hochschulen für angewandte Wissenschaften Baden-Württemberg [HAW BW] e. V.
- Holger Philipp, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg
- Anja Plesch-Krubner, Initiative G9 jetzt! BW
- Bernd Röber, Landessportverband Baden-Württemberg
- Ralf Scholl, Philologenverband BW e. V.
- Thomas Speck, Landesschulbeirat Baden-Württemberg
- Jürgen Stahl, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft [GEW] Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Ulrich Trautwein, Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung, Universität Tübingen
- Dr. Georg Walch, Rechnungshof Baden-Württemberg
- Thomas Weise, IHK Region Stuttgart

Anhörung der Betroffenen

Lehrerinnen und Lehrer:

Jörg Sobora, Hauptpersonalrat Gymnasien

- Claudia Gulden, Karlsgymnasium, Stuttgart
- Hans-Joachim Kraus, ehem. Schulleiter, Faust-Gymnasium, Staufen im Breisgau
- Carolin Krauth, Weiherbergschule, Pforzheim
- Timo Sulzmann, Louise-Otto-Peters-Schule, Hockenheim und Wiesloch

Elternvertretende:

Sebastian Kölsch, Landeselternbeirat Baden-Württemberg

- Anna Maria Blahnik, Ernst-Abbe-Gymnasium, Oberkochen
- Annika Halder, Schule Birklehof, Hinterzarten
- Arno Kastner, Humboldt-Gymnasium, Karlsruhe

Schülerinnen und Schüler aus folgenden Schulen:

Berat Gürbüz, Landesschülerbeirat Baden-Württemberg

- Albert-Schweitzer-Gymnasium, Crailsheim
- Bertha-von-Suttner-Schule, Ettlingen
- Hans-Küng-Gemeinschaftsschule, Tübingen [ehemaliger Schüler]
- Martin-Gerbert-Gymnasium, Horb am Neckar
- Wilhelm-Wundt-Realschule, Mannheim



G88/G99